

Projekt Faschismusanalyse

Reader

I. Der Begriff des Faschismus

1. Faschistische Kritik am Misserfolg der Nation

a. Versailles & Weltwirtschaftskrise

„Jawohl, dazu kann ein solcher Friedensvertrag dienen. In der Maßlosigkeit seiner Unterdrückung, in der Schamlosigkeit seiner Forderungen liegt die größte Propagandawaffe zur Wiederaufrüstung der eingeschlafenen Lebensgeister der Nation... Man hat alles versäumt und nichts getan. Wer will sich nun wundern, wenn unser Volk nicht so ist, wie es sein sollte oder sein könnte? Wenn die andere Welt in uns nur den Büttel sieht, den willfährigen Hund, der dankbar nach den Händen leckt, die ihn vorher geschlagen haben.“ (Hitler, Mein Kampf, S.715)

„Denn ich halte es für wichtig, vor allem mit der Auffassung der Weltbedingtheit unseres Schicksals grundsätzlich zu brechen. Es ist nicht wahr, dass unsere Not ihre letzte Ursache in einer Weltkrise, in einer Weltkatastrophe hat, sondern richtig ist, dass wir in eine allgemeine Krise hineingerieten, weil bei uns von vorneherein gewisse Fehler gemacht worden sind. Ich kann nicht sagen: ‚Nach fast allgemeiner Auffassung ist der Friedensvertrag von Versailles die Ursache unseres Unglücks‘... Nein durchaus nicht ‚nach fast allgemeiner‘, sondern nur nach Auffassung derjenigen, die mitschuldig sind an seiner Abschließung... Ich muss also feststellen, dass auch in Deutschland eine unbedingte Schuld an diesen Vorgängen vorhanden sein muss, wenn ich überhaupt glauben will, dass das deutsche Volk noch Einfluss auf den Wandel dieser Verhältnisse ausüben könne... So sehe ich denn das Mittel des deutschen Wiederaufstiegs im Unterschied zu unserer offiziellen Regierung nicht im Primat der deutschen Außenpolitik, sondern im Primat der Wiederherstellung eines gesunden, nationalen und schlagkräftigen deutschen Volkskörpers.“ (Hitler, Rede vor dem Industrieklub in Düsseldorf, 27.01.1932)

2. Faschismus und Volk

a. Kritik am Volk im Namen des Staates

„Pflichterfüllung, das heißt, nicht sich selbst genügen, sondern der Allgemeinheit dienen. Die grundsätzliche Gesinnung, aus der ein solches Handeln erwächst, nennen wir zum Unterschied von Egoismus, vom Eigennutz — Idealismus. Wir verstehen darunter nur die Aufopferungsfähigkeit deseinzeln für die Gesamtheit, für seine Mitmenschen.“ (MK S.327)

„Wenn man sich jedoch die Frage vorlegt, was nun die staatsbildenden oder auch nur staatsershaltenden Kräfte in Wirklichkeit sind, so kann man sie unter einer einzigen Bezeichnung zusammenfassen: Aufopferungsfähigkeit und Aufopferungswille des einzelnen für die Gesamtheit. Daß diese Tugenden mit Wirtschaft auch nicht das geringste zu tun haben, geht aus der einfachen Erkenntnis hervor, daß der Mensch sich ja nie für diese aufopfert, das heißt: man stirbt nicht für Geschäfte, sondern nur für Ideale.“

„Solange das deutsche Volk im Jahre 1914 noch für Ideale zu fechten glaubte, hielt es stand; sowie man es nur mehr um das tägliche Brot kämpfen ließ, gab es das Spiel lieber auf.“

b. Kritik an der Politik im Namen des Volkes

- Parlament & Politiker

„Das Parlament fast irgendeinen Beschluß, dessen Folgen noch so verheerend sein mögen niemand trägt dafür eine Verantwortung, niemand kann je zur Rechenschaft gezogen werden. Denn heißt dies etwa Verantwortung übernehmen, wenn nach einem Zusammenbruch sondergleichen die schuldige Regierung zurücktritt? Oder die Koalition sich ändert, ja das Parlament sich auflöst? Kann denn überhaupt eine schwankende Mehrheit von Menschen jemals verantwortlich gemacht werden? Ist denn nicht der Gedanke jeder Verantwortlichkeit an die Person gebunden?“ (MK S.85)

„Indem das parlamentarische Prinzip der Majoritätsbestimmung die Autorität der Person ablehnt und an deren Stelle die Zahl des jeweiligen Haufens setzt, sündigt es wider den aristokratischen Grundgedanken der Natur, wobei allerdings deren Anschauung vom Adel in keinerlei Weise etwa in der heutigen Dekadenz unserer oberen Zehntausend verkörpert zu sein braucht.“ (MK S.87)

- Statt demokratischen Verfalls: Führen und Kämpfen

„Wer Führer sein will, trägt bei höchster unumschränkter Autorität auch die letzte und schwerste Verantwortung. Wer dazu nicht fähig oder für das Ertragen der Folgen seines Tuns zu feige ist, taugt nicht zum Führer. Nur der Held ist dazu berufen.“ (MK S.379)

c. Faschistische Konsequenz: Eine Volksbewegung für die Rettung der Staatsmacht und den Erhalt der Rasse

„Jede und auch die beste Idee wird zur Gefahr, wenn sie sich einbildet, Selbstzweck zu sein, in Wirklichkeit jedoch nur ein Mittel zu einem solchen darstellt — für mich aber und alle wahrhaftigen Nationalsozialisten gibt es nur eine Doktrin: Volk und Vaterland. Für was wir zu kämpfen haben, ist die Sicherung des Bestehens und der Vermehrung unserer Rasse und unseres Volkes, die Ernährung seiner Kinder und Reinhaltung des Blutes, die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes, auf daß unser Volk zur Erfüllung der auch ihm vom Schöpfer des Universums zugewiesenen Mission heranzureifen vermag.“ (MK S.234)

3. Die Schuldfrage

a. Rassenlehre: Arier und Juden

Die Wertschätzung des Menschen muß begründet werden auf der Art und Weise, in der er seiner ihm von der Allgemeinheit überantworteten Aufgabe gerecht wird. Denn die Tätigkeit, welche der einzelne verrichtet, ist nicht der Zweck seines Daseins, sondern nur das Mittel dazu. Vielmehr soll er sich als Mensch weiterbilden und weiterveredeln, kann dies aber nur im Rahmen seiner Kulturgemeinschaft, die immer auf dem Fundament eines Staates beruhen muß. Zur Erhaltung dieses Fundamentes hat er seinen Beitrag zu leisten. (MK S.484)

„Dieser Aufopferungswille zum Einsatz der persönlichen Arbeit und, wenn nötig, des eigenen Lebens für andere ist am stärksten beim Arier ausgebildet. Der Arier ist nicht in seinen geistigen Eigenschaften an sich am größten, sondern im Ausmaße der Bereitwilligkeit, alle Fähigkeiten in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. Der Selbsterhaltungstrieb hat bei ihm die edelste Form erreicht, indem er das eigene Ich dem Leben der Gesamtheit willig unterordnet und, wenn die Stunde es erfordert, auch zum Opfer bringt. Nicht in den intellektuellen Gaben liegt die Ursache der kulturbildenden und -aufbauenden Fähigkeit des Ariers. Hätte er nur diese allein, würde er damit immer nur zerstörend wirken können, auf keinen Fall aber organisierend; denn das innerste Wesen jeder Organisation beruht darauf, daß der einzelne auf die Vertretung seiner persönlichen Meinung sowohl als seiner Interessen verzichtet und beides zugunsten einer Mehrzahl von Menschen opfert. Erst aber dem Umweg dieser Allgemeinheit erhält er dann seinen Teil wieder zurück. Er arbeitet nun z. B. nicht mehr unmittelbar für sich selbst, sondern gliedert sich mit seiner Tätigkeit in den Rahmen der Gesamtheit ein, nicht nur zum eigenen Nutzen, sondern zum Nutzen aller. Die wunderbarste Erläuterung dieser Gesinnung bietet sein Wort "Arbeit", unter dem er keineswegs eine Tätigkeit zum Lebenserhalt an sich versteht, sondern nur ein Schaffen, das nicht den Interessen der Allgemeinheit widerspricht.“ (MK S.325)

„Der Jude ist nur einig, wenn eine gemeinsame Gefahr ihn dazu zwingt oder eine gemeinsame Beute lockt; fallen beide Gründe weg, so treten die Eigenschaften eines krassesten Egoismus in ihre Rechte, und aus dem einigen Volk wird im Handumdrehen eine sich blutig bekämpfende Rotte von Ratten. Wären die Juden auf dieser Welt allein, so würden sie ebenso sehr in Schmutz und Unrat ersticken wie in haßerfülltem Kampfe sich gegenseitig zu übervorteilen und auszurotten versuchen, sofern nicht der sich in ihrer Feigheit ausdrückende restlose Mangel jedes Aufopferungssinnes auch hier den Kampf zum Theater werden ließe. Es ist also grundfalsch, aus der Tatsache des Zusammenstehens der Juden im Kampfe, richtiger ausgedrückt in der Ausplünderung ihrer Mitmenschen, bei ihnen auf einen gewissen idealen Aufopferungssinn schließen zu wollen.“ (MK S.331)

b. Zersetzung durch den Marxismus

„Jedenfalls war das, was ich so vernahm, geeignet, mich aufs äußerste aufzureizen. Man lehnte da alles ab: die Nation, als eine Erfindung der "kapitalistischen" wie oft mußte ich nur allein dieses Wort hören! Klassen; das Vaterland, als Instrument der Bourgeoisie zur Ausbeutung der Arbeiterschaft; die Autorität des Gesetzes als Mittel zur Unterdrückung des Proletariats; die Schule, als Institut zur Züchtung des Sklavenmaterials, aber auch der Sklavenhalter; die Religion, als Mittel der Verblödung des zur Ausbeutung bestimmten Volkes; die Moral, als Zeichen dummer Schafsgeduld usw. Es gab da aber rein gar nichts, was nicht in den Kot einer entsetzlichen Tiefe gezogen wurde.“ (MK S.41)

„Die Bolschewisierung Deutschlands, d. h. die Ausrottung der nationalen völkischen deutschen Intelligenz und die dadurch ermöglichte Auspressung der deutschen Arbeitskraft im Joche der jüdischen Weltfinanz, ist nur als Vorspiel gedacht für die Weiterverbreitung dieser jüdischen Welteroberungstendenz.“ (MK S.703)

„So wenig eine Hyäne vom Aase läßt, sowenig ein Marxist vom Vaterlandsverrat.“ (MK S.771)

c. Antisemitismus

„Wahrscheinlich war auch der Arier erst Nomade und wurde im Laufe der Zeit sesshaft, allein deshalb war er doch niemals Jude! Nein, der Jude ist kein Nomade; denn auch der Nomade hatte schon eine bestimmte Stellung zum Begriffe "Arbeit", die als Grundlage für eine spätere Entwicklung dienen konnte, sofern die notwendigen geistigen Voraussetzungen hierzu vorhanden waren. Die idealistische Grundanschauung aber ist bei ihm, wenn auch in unendlicher Verdünnung, gegeben, daher erscheint er auch in seinem ganzen Wesen den arischen Völkern vielleicht fremd, allein nicht unsympathisch. Bei den Juden hingegen ist diese Einstellung überhaupt nicht vorhanden; er war deshalb auch kein Nomade, sondern immer nur Parasit im Körper anderer Völker. Daß er dabei manchmal seinen bisherigen Lebensraum verläßt, hängt nicht mit seiner Absicht zusammen, sondern ist das Ergebnis des Hinauswurfes, den er von Zeit zu Zeit durch die mißbrauchten Gastvölker erfährt. Sein Sich-Weiterverbreiten aber ist eine typische Erscheinung für alle Parasiten; er sucht immer neuen Nährboden für seine Rasse. Dies hat aber mit Nomadentum deshalb nichts zu tun, weil der Jude gar nicht daran denkt, ein von ihm besetztes Gebiet wieder zu räumen, sondern bleibt, wo er sitzt, und zwar so sesshaft, daß er selbst mit Gewalt nur mehr sehr schwer zu vertreiben ist. Sein Ausdehnen auf immer neue Länder erfolgt erst in dem Augenblick, in dem dort gewisse Bedingungen für sein Dasein gegeben sind, ohne daß er dadurch — wie der Nomade — seinen

bisherigen Wohnsitz verhindern würde. Er ist und bleibt der ewige Parasit, ein Schmarotzer, der wie ein schädlicher Bazillus sich immer mehr ausbreitet, sowie nur ein günstiger Nährboden dazu einlädt. Die Wirkung seines Daseins aber gleicht ebenfalls der von Schmarotzern: wo er auftritt, stirbt das Wirtsvolk nach kürzerer oder längerer Zeit ab. So lebte der Jude zu allen Zeiten in den Staaten anderer Völker und bildete dort seinen eigenen Staat, der allerdings so lange unter der Bezeichnung "Religionsgemeinschaft" maskiert zu segeln pflegte, als die äußeren Umstände kein vollständiges Enthüllen seines Wesens angezeigt sein ließen. Glaubte er sich aber einmal stark genug, um der Schutzdecke entbehren zu können, dann ließ er noch immer den Schleier fallen und war plötzlich das, was so viele andere früher nicht glauben und sehen wollten: der Jude. Im Leben des Juden als Parasit im Körper anderer Nationen und Staaten liegt eine Eigenart begründet, die Schopenhauer einst zu dem schon erwähnten Ausspruch veranlaßte, der Jude sei der "große Meister im Lügen". Das Dasein treibt den Juden zur Lüge, und zwar zur immerwährenden Lüge, wie es den Nordländer zur warmen Kleidung zwingt. (MK S.335)

„Indem ich den Juden als Führer der Sozialdemokratie erkannte, begann es mir wie Schuppen von den Augen zu fallen. Ein langer innerer Seelenkampf fand damit seinen Abschluß.“ (MK S.64)

„Dies alles hatte nun das eine. Gute, daß in eben dem Umfange, in dem mir die eigentlichen Träger oder wenigstens die Verbreiter der Sozialdemokratie ins Auge fielen, die Liebe zu meinem Volke wachsen mußte. Wer konnte auch bei der teuflischen Gewandtheit dieser Verführer das unselige Opfer verfluchen? Wie schwer war es doch mir selber, der dialektischen Verlogenheit dieser Rasse Herr zu werden! Wie vergeblich aber war ein solcher Erfolg bei Menschen, die die Wahrheit im Munde verdrehen, das soeben gesprochene Wort glatt verleugnen, um es schon in der nächsten Minute für sich selbst in Anspruch zu nehmen! Nein. Je mehr ich den Juden kennenlernte, um so mehr mußte ich dem Arbeiter verzeihen.“ (MK S.67)

„Die Internationalisierung unserer deutschen Wirtschaft, d. h. die Übernahme der deutschen Arbeitskraft in den Besitz der jüdischen Weltfinanz, läßt sich restlos nur durchführen in einem politisch-bolschewistischen Staat.“ (MK S. 702)

„Die Gedankengänge des Judentums dabei sind klar. Die Bolschewisierung Deutschlands, d. h. die Ausrottung der nationalen völkischen deutschen Intelligenz und die dadurch ermöglichte Auspressung der deutschen Arbeitskraft im Joche der jüdischen Weltfinanz, ist nur als Vorspiel gedacht für die Weiterverbreitung dieser jüdischen Welteroberungstendenz. Wie so oft in der Geschichte, ist in dem gewaltigen Ringen Deutschland der große Drehpunkt. Werden unser Volk und unser Staat das Opfer dieser blut- und geldgierigen jüdischen Völkertyrannen, so sinkt die ganze Erde in die Umstrickung dieses Polypen; befreit sich Deutschland aus dieser Umklammerung, so darf diese größte Völkergefahr als für die gesamte Welt gebrochen gelten.“ MK S. 703)

d. Auslese, Rassenhygiene und Endlösung der Judenfrage

„Die Folge dieses in der Natur allgemein gültigen Triebes zur Rassenreinheit ist nicht nur die scharfe Abgrenzung der einzelnen Rassen nach außen, sondern auch ihre gleichmäßige Wesensart in sich selber. Der Fuchs ist immer ein Fuchs, die Gans eine Gans, der Tiger ein Tiger usw., und der Unterschied kann höchstens im verschiedenen Maße der Kraft, der Stärke, der Klugheit, Gewandtheit, Ausdauer usw. der einzelnen Exemplare liegen. Es wird aber nie ein Fuchs zu finden sein, der seiner inneren Gesinnung nach etwa humane Anwendungen Gänsen gegenüber haben könnte, wie es ebenso auch keine Katze gibt mit freundlicher Zuneigung zu Mäusen. Daher entsteht auch hier der Kampf untereinander weniger infolge innerer Abneigung etwa als vielmehr aus Hunger und Liebe. In beiden Fällen sieht die Natur ruhig, ja befriedigt zu. Der Kampf um das tägliche Brot läßt alles Schwache und Kränkliche, weniger Entschlossene unterliegen, während der Kampf der Männchen um das Weibchen nur dem Gesündesten das Zeugungsrecht oder doch die Möglichkeit hierzu gewährt. Immer aber ist der Kampf ein Mittel zur Förderung der Gesundheit und Widerstandskraft der Art und mithin eine Ursache zur Höherentwicklung derselben. Wäre der Vorgang ein anderer, würde jede Weiter- und Höherbildung aufhören und eher das Gegenteil eintreten. Denn da das Minderwertige der Zahl nach gegenüber dem Besten immer überwiegt, würde bei gleicher Lebenserhaltung und Fortpflanzungsmöglichkeit das Schlechtere sich so viel schneller vermehren, daß endlich das Beste zwangsläufig in den Hintergrund treten müßte. Eine Korrektur zugunsten des Besseren muß also vorgenommen werden. Diese aber besorgt die Natur, indem sie den schwächeren Teil so schweren Lebensbedingungen unterwirft, daß schon durch sie die Zahl beschränkt wird, den Überrest aber endlich nicht wahllos zur Vermehrung zuläßt, sondern hier eine neue, rücksichtslose Auswahl nach Kraft und Gesundheit trifft.“ (MK S.313)

„Das Ergebnis jeder Rassenkreuzung ist also, ganz kurz gesagt immer folgendes: a) Niedersenkung des Niveaus der höheren Rasse, b) körperlicher und geistiger Rückgang und damit der Beginn eines, wenn auch langsam, so doch sicher fort. schreitenden Siechtums. Eine solche Entwicklung herbeiführen, heißt aber denn doch nichts anderes, als Sünde treiben wider den Willen des ewigen Schöpfers. Als Sünde aber wird diese Tat auch gelohnt. Indem der Mensch versucht, sich gegen die eiserne Logik der Natur aufzubauen, gerät er in Kampf mit den Grundsätzen, denen auch er selber sein Dasein als Mensch allein verdankt. So muß sein Handeln gegen die Natur zu seinem eigenen Untergang führen.“ (MK S.314)

„Sicher jedoch ist das weitaus härteste Schicksal jenes, das den Menschen trifft, der die Natur glaubt überwinden zu können und sie im Grunde genommen doch nur verhöhnt. Not, Unglück und Krankheiten sind dann ihre Antwort! Der Mensch, der die Rassengesetze erkennt und mißachtet, bringt sich wirklich um das Glück, das ihm bestimmt erscheint. Er verhindert den Siegeszug der besten Rasse und damit aber auch die Vorbedingung zu allem menschlichen Fortschritt. Er begibt sich in der Folge, belastet mit der Empfindlichkeit des Menschen, in den Bereich des hilflosen Tieres.“ (MK S.317)

„Für das deutsche Volk darf man es fast als ein großes Glück betrachten, daß die Zeit seiner schleichenden Erkrankung plötzlich in einer so furchtbaren Katastrophe abgekürzt wurde, denn im anderen Falle wäre die Nation wohl langsamer, aber um so sicherer zugrunde gegangen. Die Krankheit wäre zu einer chronischen geworden, während sie in der akuten Form des Zusammenbruches mindestens den Augen einer größeren Menge klar und deutlich erkennbar wurde. Der Mensch wurde nicht durch Zufall der Pest leichter Herr als der Tuberkulose. Die eine kommt in schrecklichen, die Menschheit aufrüttelnden Todeswellen, die anders in

langsamem Schleichen; die eine führt zur entsetzlichen Furcht, die andere zur allmählichen Gleichgültigkeit. Die Folge aber ist, daß der Mensch der einen mit der ganzen Rücksichtslosigkeit seiner Energie entgegentrat, während er die Schwindsucht mit schwächlichen Mitteln einzudämmen versucht. So wurde er der Pest Herr, während die Tuberkulose ihn selber beherrscht. Genau so verhält es sich auch mit Erkrankungen von Volkskörpern. Wenn sie nicht katastrophal auftreten, beginnt sich der Mensch langsam an sie zu gewöhnen und geht endlich an ihnen, wenn auch erst nach Zeiten, so doch um so gewisser, zugrunde. Es ist dann schon ein — freilich bitteres — Glück, wenn das Schicksal sich entschließt, in diesen langsamen Fäulnisprozeß einzugreifen und mit plötzlichem Schläge das Ende der Krankheit dem von ihr Erfassten vor Augen führt. Denn darauf kommt eine solche Katastrophe öfter als einmal hinaus. Sie kann dann leicht zur Ursache einer nun mit äußerster Entschlossenheit einsetzenden Heilung werden.“ (MK S.254).

4. Der Umgang des faschistischen Staats mit der Klassengesellschaft

„Der nationalsozialistische Staat kennt keine "Klassen", sondern in politischer Hinsicht nur Bürger mit vollständig gleichen Rechten und demgemäß auch gleichen allgemeinen Pflichten und daneben Staatsangehörige, die in staatspolitischer Hinsicht aber vollständig rechtlos sind.“ (MK S. 675)

„Der nationalsozialistische Arbeitnehmer muß wissen, daß die Blüte der nationalen Wirtschaft sein eigenes materielles Glück bedeutet. Der nationalsozialistische Arbeitgeber muß wissen, daß das Glück und die Zufriedenheit seiner Arbeitnehmer die Voraussetzung für die Existenz und Entwicklung seiner eigenen wirtschaftlichen Größe ist. Nationalsozialistische Arbeitnehmer und nationalsozialistische Arbeitgeber sind beide Beauftragte und Sachwalter der gesamten Volksgemeinschaft.“ (MK S. 676)

a. Staat und Lohnarbeit: Ehre den braven Knechten

„Not und häufige Arbeitslosigkeit begannen ihr Spiel mit den Menschen und ließen als Erinnerung Unzufriedenheit und Erbitterung zurück. Die Folge davon schien die politische Klassenspaltung zu sein.“ (MK S.255)

„Die Eingliederung der heute im internationalen Lager stehenden breiten Masse unseres Volkes in eine nationale Volksgemeinschaft bedeutet keinen Verzicht auf die Vertretung berechtigter Standesinteressen. Auseinandergelagerte Standes- und Berufsinteressen sind nicht gleichbedeutend mit Klassenspaltung, sondern sind selbstverständlich Folgeerscheinungen unseres wirtschaftlichen Lebens. Die Berufsgruppierung steht in keinerlei Weise einer wahrhaften Volksgemeinschaft entgegen, denn diese besteht in der Einheit des Volkstums in allen jenen Fragen, die dieses Volkstum an sich betreffen.“ (MK S.372)

„So hat eine Bewegung, die beabsichtigt, den deutschen Arbeiter wieder dem deutschen Volke zu geben, sich darüber klar zu werden, daß wirtschaftliche Opfer bei dieser Frage überhaupt keine Rolle spielen, solange nicht die Erhaltung und Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft durch sie bedroht werden.“ (MK S.370)

„Grundsätzlich ist der Wert jeder Arbeit ein doppelter: ein rein materieller und ein ideeller. Der materielle Wert beruht in der Bedeutung, und zwar der materiellen Bedeutung einer Arbeit für das Leben der Gesamtheit. Je mehr Volksgenossen aus einer bestimmten vollbrachten Leistung Nutzen ziehen, und zwar direkten und indirekten, um so größer ist der materielle Wert einzuschätzen. Diese Einschätzung findet ihrerseits den plastischen Ausdruck im materiellen Lohn, welchen der einzelne für seine Arbeit erhält. Diesem rein materiellen Wert steht nun gegenüber der ideelle. Er beruht nicht auf der Bedeutung der geleisteten Arbeit materiell gemessen, sondern auf ihrer Notwendigkeit an sich. So sicher der materielle Nutzen einer Erfindung größer sein kann als der eines alltäglichen Handlangerdienstes, so sicher ist die Gesamtheit doch auf diesen kleinsten Dienst genau so angewiesen wie auf jenen größten. Sie mag materiell einen Unterschied treffen in der Bewertung des Nutzens der einzelnen Arbeit für die Gesamtheit und kann dem durch die jeweilige Entlohnung Ausdruck verleihen; sie muß aber ideell die Gleichheit aller feststellen in dem Augenblick, in dem jeder einzelne sich bemüht, auf seinem Gebiete — welches immer es auch sein mag — sein Bestes zu tun. Darauf aber hat die Wertschätzung eines Menschen zu beruhen, und nicht auf der Entlohnung.“ (MK S.483)

„Vielmehr soll er sich als Mensch weiterbilden und weiter veredeln, kann dies aber nur im Rahmen seiner Kulturgemeinschaft, die immer auf dem Fundament eines Staates beruhen muß. Zur Erhaltung dieses Fundamentes hat er sein Beitrag zu leisten. Die Form dieses Beitrags bestimmt die Natur; an ihm liegt es nur, mit Fleiß und Redlichkeit der Volksgemeinschaft zurückzuerstatten, was sie ihm selbst gegeben hat. Wer dieses tut, verdient höchste Wertschätzung und höchste Achtung. Der materielle Lohn mag dem zugebilligt werden, dessen Leistung für die Gesamtheit entsprechenden Nutzen trägt; der ideelle jedoch muß in der Wertschätzung liegen, die jeder beanspruchen kann, der die Kräfte, welche die Natur ihm gab und die Volksgemeinschaft zur Ausbildung brachte, dem Dienste seines Volkstums widmet.“ (MK S.484)

„Was aber für die Arbeit als Grundlage menschlicher Ernährung und alles menschlichen Fortschrittes gilt, tritt in noch höherem Maße zu für den Schutz des Menschen und seiner Kultur. In der Hingabe des eigenen Lebens für die Existenz der Gemeinschaft liegt die Krönung alles Opfersinnes... Jeder Arbeiter, jeder Bauer, jeder Erfinder, Beamte usw., der schafft, ohne selber je zu Glück und Wohlstand gelangen zu können, ist ein Träger dieser hohen Idee, auch wenn der tiefere Sinn seines Handelns ihm immer verborgen bliebe.“

b. Staat und Gewerkschaften

„Die nationalsozialistische Gewerkschaft ist kein Organ des Klassenkampfes, sondern ein Organ der Berufsvertretung.“ (MK S.675)

„Die Gewerkschaft im nationalsozialistischen Sinne hat nicht die Aufgabe, durch Zusammenfassung bestimmter Menschen innerhalb eines Volkskörpers diese allmählich in eine Klasse umzuwandeln, um mit ihr dann den Kampf gegen andere, ähnlich organisierte Gebilde innerhalb der Volksgemeinschaft aufzunehmen. Diese Aufgabe können wir der Gewerkschaft an sich überhaupt nicht zuschreiben, sondern sie wurde ihr erst verliehen in dem Augenblick, in dem sie zum Kampfinstrument des Marxismus wurde. Nicht die Gewerkschaft ist "klassenkämpferisch", sondern der Marxismus hat aus ihr ein Instrument für seinen Klassenkampf gemacht. Er schuf die wirtschaftliche Waffe, die der internationale Weltjude anwendet zur Zertrümmerung der wirtschaftlichen Basis der freien, unabhängigen Nationalstaaten, zur Vernichtung ihrer nationalen Industrie und ihres nationalen Handels und damit zur Versklavung freier Völker im Dienste des überstaatlichen Weltfinanz-Judentums.“ (MK S.675)

„Für die nationalsozialistische Gewerkschaft ist deshalb der Streik ein Mittel, das nur so lange angewendet werden darf und wohl auch muß, als nicht ein nationalsozialistischer völkischer Staat besteht. Dieser freilich soll an Stelle des Massenkampfes der beiden großen Gruppen — Arbeitgeber und Arbeitnehmertum — (der in seinen Folgen als Produktionsverminderung stets die Volksgemeinschaft insgesamt schädigt!) die Rechtssorge und den Rechtsschutz aller übernehmen. Den Wirtschaftskammern selbst wird die Verpflichtung zur Inbetriebhaltung der nationalen Wirtschaft und zur Beseitigung von den diese schädigenden Mängeln und Fehlern obliegen. Was heute durch die Kämpfe von Millionen ausgefochten wird, muß dereinst in Ständekammern und im zentralen Wirtschaftsparlament seine Erledigung finden. Damit toben nicht mehr Unternehmertum und Arbeiter im Lohn- und Tarifkampf gegeneinander, die wirtschaftliche Existenz beider schädigend, sondern lösen diese Probleme gemeinsam an höherer Stelle, der über allem stets das Wohl der Volksgesamtheit und des Staates in leuchtenden Lettern vorschweben muß.“ (MK S.677)

c. Der faschistische Sozialstaat

„Die Arbeit selbst, in ihrer ganzen Härte und Schwere, in ihrer Unerbittlichkeit und Unausweichlichkeit, ist das entscheidende Erziehungsmittel.“ (Ludwig Götting, Die Arbeit als Erziehungsmittel im Reichsarbeitsdienst S.19)

„Das Brachliegen von Millionen menschlicher Arbeitsstunden ist ein Wahnsinn und ein Verbrechen, das zur Verarmung aller führen muss.“ (Reichstagsrede am 23.3.1933)

„Nicht das Geld schafft die Arbeit, sondern die Arbeit schafft das Geld! Es muss endlich mit dem Standpunkt gebrochen werden, dass Nichtstun billiger sei als Arbeiten, weil Arbeiten Geschäftskosten macht!“ (Wahlplakat der NSDAP, 1932)

„Der Nationalsozialismus wartet nicht, bis das Kapital ruht, Arbeit zu schaffen. Er läßt nicht zu, daß es keine Arbeit schafft, weil kein Einsatz ihm sicher genug zu sein scheint. Er schafft selber Arbeit.“ (F. Nonnenbruch, „Die dynamische Wirtschaft, S.169)

„Der beste Entschluß für die Arbeitsbeschaffung war bisher der Straßenbau und zwar gerade deshalb, weil er nur auf weite Sicht wirtschaftlich sein wird, und gerade deshalb den Willen des Staates eindeutig bezeugt, Arbeit zu schaffen, auch wenn sie nicht unmittelbar wirtschaftlich ist. Die Hitlerstraßen sind das in die deutsche Landschaft eingeschnittene Manifest, das das Recht auf Arbeit verkündet.“ (Nonnenbruch, S.252)

„Die öffentlichen Träger haben aber nicht ausschließlich die Durchführung der Arbeiten nicht selbst zu übernehmen, sondern sie gewerblichen Unternehmern zu überlassen; denn der Notstand, zu dessen Behebung die Arbeiten dienen sollten, trifft nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer.“ (F. Syrup, Arbeitseinsatz und Arbeitsbeschaffung, S. 28)

d. Staat und Kapital: Von der Verantwortung des Eigentums

„So sicher ein Arbeiter wider den Geist einer wirklichen Volksgemeinschaft sündigt, wenn er ohne Rücksicht auf das gemeinsame Wohl und den Bestand einer nationalen Wirtschaft, gestützt auf seine Macht, erpresserisch Forderungen stellt, so sehr aber bricht auch ein Unternehmer diese Gemeinschaft, wenn er durch unmenschliche und ausbeuterische Art seiner Betriebsführung die nationale Arbeitskraft mißbraucht und aus ihrem Schweiß Millionen erwuchert. Er hat dann kein Recht, sich als national zu bezeichnen, kein Recht, von einer Volksgemeinschaft zu sprechen, sondern er ist ein egoistischer Lump, der durch das Hereintragen des sozialen Unfriedens spätere Kämpfe provoziert, die so oder so der Nation zum Schaden gereichen müssen.“ (MK S.374)

„Eine schwere wirtschaftliche Verfallserscheinung war das langsame Ausscheiden des persönlichen Besitzrechtes und allmähliche Übergehen der gesamten Wirtschaft in das Eigentum von Aktiengesellschaften. Damit ward erst die Arbeit so recht zum Spekulationsobjekt gewissenloser Schacherer herabgesunken; die Entfremdung des Besitzes gegenüber dem Arbeitnehmer aber wurde in das unendliche gesteigert. Die Börse begann zu triumphieren und schickte sich an, langsam, aber sicher das Leben der Nation in ihre Obhut und Kontrolle zu nehmen.“ (MK S.257)

„Dieses Angewiesensein des Kapitals auf den unabhängigen freien Staat zwänge dieses also seinerseits, für diese Freiheit, Macht, Stärke usw. der Nation einzutreten. Damit war auch die Aufgabe des Staates dem Kapital gegenüber eine verhältnismäßig einfache und klare: er hatte nur dafür zu sorgen, daß es Dienerin des Staates bliebe und sich nicht einbilde, Herrin der Nation zu sein. Diese Stellungnahme konnte sich dann in zwei Grenzlinien halten: Erhaltung einer lebensfähigen nationalen und unabhängigen Wirtschaft auf der einen Seite, Sicherung der sozialen Rechte der Arbeitnehmer auf der anderen.“ (MK S.228)

e. Faschistische Wirtschafts- und Finanzpolitik

„In eben dem Maße, in dem die Wirtschaft zur bestimmenden Herrin des Staates aufstieg, wurde das Geld der Gott, dem alles zu dienen und vor dem sich jeder zu beugen hatte. Immer mehr wurden die himmlischen Götter als veraltet und überlebt in die Ecke gestellt und statt ihnen der Weihrauch dem Götzen Mammon dargebracht. Eine wahrhaft schlimme Entartung setzte ein, schlimm besonders deshalb, weil sie zu einer Zeit eintrat, da die Nation höchste heldische Gesinnung nötiger denn je brauchen konnte.“ (MK S.254)

„Den Unterschied dieses reinen Kapitals als letztes Ergebnis der schaffenden Arbeit gegenüber einem Kapital, dessen Existenz und Wesen ausschließlich auf Spekulation beruhen, vermochte ich früher noch nicht mit der wünschenswerten Klarheit zu erkennen.“ (MK S.228)

„Eine schwere wirtschaftliche Verfallserscheinung war das langsame Ausscheiden des persönlichen Besitzrechtes und allmähliche Übergehen der gesamten Wirtschaft in das Eigentum von Aktiengesellschaften. Damit ward erst die Arbeit so recht zum Spekulationsobjekt gewissenloser Schacherer herabgesunken; die Entfremdung des Besitzes gegenüber dem Arbeitnehmer aber wurde in das unendliche gesteigert. Die Börse begann zu triumphieren und schickte sich an, langsam, aber sicher das Leben der Nation in ihre Obhut und Kontrolle zu nehmen. Die Internationalisierung der deutschen Wirtschaft war schon vor dem Kriege über den Umweg der Aktie in die Wege geleitet worden“ (MK S.256)

„Wir haben keine Währung aus eigener Kraft, weil wir keinen in sich selbst ausgeglichenen Geld- und Kapitalmarkt haben, sondern wir haben Währung auf Kredit, die vom Ausland abhängig ist...“ (H.Schacht, Das Ende der Reparationen, 1931, S.143).

„Die scharfe Scheidung des Börsenkapitals von der nationalen Wirtschaft bot die Möglichkeit, der Verinternationalisierung der deutschen Wirtschaft entgegenzutreten, ohne zugleich mit dem Kampf gegen das Kapital überhaupt die Grundlage einer unabhängigen völkischen Selbsterhaltung zu bedrohen... Der Kampf gegen das internationale Finanz- und Leihkapital ist zum wichtigsten Programmpunkt des Kampfes der deutschen Nation um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit und Freiheit geworden.“ (MK S.“233)

5. Das Recht einer Nation auf die ganze Welt: Krieg

a. Ehre & Heldentum

„Es muß eine größere Ehre sein, als Straßenfeger Bürger dieses Reiches zu sein, als König in einem fremden Staate. Der Staatsbürger ist gegenüber dem Ausländer bevorrechtigt. Er ist der Herr des Reiches. Diese höher Würde verpflichtet aber auch. Der Ehr- und Charakterlose, der gemeine Verbrecher, der Vaterlandsverräter usw. kann dieser Ehre jederzeit entkleidet werden“ (MK S.491).

„Man hüte sich, die Kraft eines Ideals zu niedrig einzuschätzen. Wer in dieser Hinsicht heute kleinmütig wird, den möchte ich, falls er einst Soldat war, zurückerinnern an eine Zeit, deren Heldentum das überwältigendste Bekenntnis zur Kraft idealer Motive darstellte. Denn, was die Menschen damals sterben ließ, war nicht die Sorge um das tägliche Brot, sondern die Liebe zum Vaterland, der Glaube an die Größe desselben, das allgemeine Gefühl für die Ehre der Nation. Und erst als das deutsche Volk sich von diesen Idealen entfernte, um den realen Versprechungen der Revolution zu folgen, und die Waffe mit dem Rucksack vertauschte, kam es, statt in einen irdischen Himmel, ins Fegfeuer der allgemeinen Verachtung und nicht minder der allgemeinen Not.“ (MK S.487)

b. Weltmacht, Lebensraum & Europa

„Durch die rasende Vermehrung der deutschen Volkszahl vor dem Kriege trat die Frage der Schaffung des nötigen täglichen Brotes in immer schärfer werdender Weise in den Vordergrund alles politischen und wirtschaftlichen Denkens und Handelns. Leider konnte man sich nicht entschließen, zur einzig richtigen Lösung zu schreiten, sondern glaubte auf billigerem Wege das Ziel auch erreichen zu können. Der Verzicht auf die Gewinnung neuen Bodens und ihr Ersatz durch den Wahn einer weltwirtschaftlichen Eroberung mußte am Ende zu einer ebenso schrankenlosen wie schädlichen Industrialisierung führen.“ (MK S.255)

Wie weit diese "Verwirtschaftung" des deutschen Volkes gelungen war, geht wohl am ersichtlichsten daraus hervor, daß endlich nach dem Kriege einer der führenden Köpfe der deutschen Industrie und vor allem des Handels die Meinung zu äußern vermochte, daß die Wirtschaft als solche allein in der Lage wäre, Deutschland wieder aufzurichten. (MK S.257)

„Deutschland mußte sich gefaßt machen, eines Tages mit dem Schwert für seinen Versuch, auf dem Wege einer "friedlichen, wirtschaftlichen Arbeit" sich das tägliche Brot zu sichern, einzustehen“ (MK S.256)

„Die völkische Bewegung hat nicht der Anwalt anderer Völker, sondern der Vorkämpfer des eigenen Volkes zu sein. Andernfalls ist sie überflüssig und hat vor allem gar kein Recht, über die Vergangenheit zu maulen. Denn dann handelt sie wie diese. So wie die alte deutsche Politik zu Unrecht von dynastischen Gesichtspunkten bestimmt wurde, so wenig darf die künftige von völkischen Allerweltsgefühlsduseleien geleitet werden. Insbesondere aber sind wir nicht der Schutzpolizist der bekannten "armen, kleinen Völker", sondern Soldaten unseres eigenen. Wir Nationalsozialisten haben jedoch noch weiter zu gehen: Das Recht auf Grund und Boden kann zur Pflicht werden, wenn ohne Bodenerweiterung ein großes Volk dem Untergang geweiht erscheint. Noch ganz

besonders dann, wenn es sich dabei nicht um ein x-beliebiges Negervölkchen handelt, sondern um die germanische Mutter all des Lebens, das der heutigen Welt ihr kulturelles Bild gegeben hat. Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein. Zur Weltmacht aber braucht es jene Größe, die ihm in der heutigen Zeit die notwendige Bedeutung und seinen Bürgern das Leben gibt. Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft.“ (MK S.742)

6. Wie es zur Herrschaft der Nazis gekommen ist:

a. Eine sachliche Antwort

Was für eine nationale Lage haben die deutschen Faschisten vorgefunden? (Vgl. Hecker, Konrad; Der Faschismus, München, S.29f)

- Deutschland hat einen *Weltkrieg verloren*. Die Siegermächte diktieren ihm einiges an Unkosten und an Einschränkungen seiner Souveränität (Gebietsabtretungen, Reparationen, Demilitarisierung, Besetzung des Rheinlandes); die Nation vollzieht die ihr eigentümliche Selbstkritik, indem sie das Kaiserreich ab- und die Weimarer Republik herschafft – und die demokratischen Parteien von SPD über Zentrum bis zur Nationalpartei konkurrieren um die Wiederaufrichtung und Rehabilitation der Nation. Die politischen und ökonomischen Anstrengungen des Auslands richten sich gegen die Anstrengungen Deutschlands, ein nationales Wirtschaftswachstum zu erzielen und die ökonomischen Erträge des Kapitals frei für die Steigerung des politischen Einflusses in der Welt zu nutzen. Eine *Weltwirtschaftskrise* sorgt für rote Zahlen in den Geschäftsbilanzen, die dazugehörige wachsende Zahl von Erwerbslosen und für allgemeine Sparsamkeit bei der Bezahlung von Leuten, die auf Lohn angewiesen sind. Die demokratischen Regierungen bemühen sich nach Kräften, das Volk für die fällige Korrektur gerade stehen zu lassen, die sie einerseits an den Resultaten des Waffengangs – Stichwort „Versailles“ -, andererseits an denen der Konkurrenz im Geschäftsleben vornehmen wollen. Dabei lassen sie die Betonung der *Zuständigkeit* der jeweiligen Führung für die *Misserfolge* der Nation schon aus Gründen der Konkurrenz um Parlamentsmandate und Regierungsmacht nicht zu kurz kommen und pflegen den Nationalismus, der nun in demokratischen Wahlen zu seinem organisierten Recht kommt (und den Hurratriotismus auf Kaiser und Reich ablöst), nicht zu knapp. Die Parteien der Weimarer Republik betören also ihr Wählervolk mit der demokratischen Litanei, allein die richtige Führung im Staat könnte seinen Enttäuschungen – den materiellen Einschränkungen wie den ideellen Entbehungen der Nachkriegsschmach – gerecht werden.

- Und diese Praxis der Politik der Weimarer Republik hat Erfolg gehabt. Allerdings bestand dieser Erfolg nicht in der Erfüllung des demokratischen Traums von der sozialfriedlichen Regelung sämtlicher Gegensätze und der gedeihlichen Benutzung der Opfer unter der Leitung einer in allen nationalen Grundsatzfragen einigen politischen Führungsriege, die einem modernen Klassenstaat Macht und Größe unter seinesgleichen verschafft. Er bestand im Erstarken und *Sieg einer faschistischen Bewegung und Partei*.

Was also haben Hitler und die Nationalsozialisten aus der vorgefundenen nationalen Lage gemacht?

- Die Faschisten haben den demokratischen Staat der Weimarer Republik am Idealismus der Nation gemessen, die deutschen Reichtum wie deutsche Größe vermisste, und dafür den Zuständigen auch die Schuld zuwies. Hitler und die NSDAP haben die zentrale Ideologie (man kann auch sagen Lüge) demokratischer Politik, der Dienst des Volks sei der Garant des nationalen Erfolgs und damit auch zumindest des ideellen Lohns der Untertanen, nicht bloß wie alle demokratischen Konkurrenten um Macht für ihren Wahlerfolg bemüht, sondern *gegen alle Demokraten in Amt und Würden gekehrt*. Sie haben die Resultate des Außenhandels, des Arbeitsmarktes, der Geld- und Kreditgeschäfte gewogen und erstens für zu leicht befunden; zweitens aber deren staatlichen Verwaltern vorgerechnet, dass sie durch verantwortungslose Schwäche gegenüber äußeren wie inneren Gegnern der Nation (die imperialistischen Konkurrenten USA, Frankreich und England; von Kommunisten bis hin zum internationalen Judentum) für diesen desolaten Zustand der Nation verantwortlich seien, also die Schande selbst heraufbeschworen hätten. Hitler und die NSDAP warben und kämpften für den rechten Gebrauch der Macht, durch den sie die Nation von sämtlichen Schranken zu befreien versprochen. Und dieser *Idealismus der Staatsgewalt* verfiel nicht nur bei großen Teilen des Volkes, sondern schließlich auch noch bei professionellen Vertretern der deutschen Größe aus dem demokratischen Lager, die Hitler für Idioten und Gegner hielt.

- Die Faschisten haben sich also nicht darauf verlassen, dass die Weimarer Verhältnisse – das Kombinat aus in einem Weltkrieg verlorener Größe, Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit – ihnen *automatisch* Zulauf und Wahlerfolge bringen. Sie haben für ihre Sicht der Weimarer Verhältnisse *agitiert* und damit Erfolg gehabt. Die bekämpften Demokraten haben es ihnen dabei leicht gemacht, schließlich konnten sie bei ihrer faschistischen Überzeugungsarbeit auf die demokratische Willensbildung bauen, die dem deutschen Volk nach der Weltkriegsniederlage die nationale Moral beigebracht hat, es leide unter der mangelnden Größe der Nation, an der unfähige bis schwache Politiker und die äußeren und inneren Feinde schuld seien.

b. Die Faschismus-Theorie der Kommunistischen Internationale

„Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das 13. Plenum des EKKI richtig charakterisiert hat, die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ (Sämtliche Zitate von G. Dimitroff, VII. Kongreß der K.I.)

„Die reaktionärste Spielart des Faschismus ist der Faschismus deutschen Typs. Er ist unverschämt genug, sich Nationalsozialismus zu nennen, ungeachtet dessen, daß er mit Sozialismus überhaupt nichts gemeinsam hat. Der Faschismus ist nicht bloß bürgerlicher Nationalismus, er ist bestialischer Chauvinismus. Das ist ein Regierungssystem des politischen Bandentums, ein System von Provokationen und Gewalttätigkeiten gegenüber der Arbeiterklasse und den revolutionären Elementen der Bauernschaft, des Kleinbürgertums und der Intelligenz. Das ist mittelalterliche Barbarei und Bestialität, zügellose Aggressivität gegenüber anderen Völkern und Ländern.“

„Das ist eine Organisation zur gewaltmäßigen Unterwerfung der Arbeiterklasse und des revolutionären Teils der Bauernschaft und der Intelligenz. Faschismus in der Außenpolitik ist brutalster Chauvinismus, der tierischen Haß gegen die anderen Völker heranzüchtet.“

„Man muß diesen wahren Charakter des Faschismus besonders stark hervorheben, weil der Deckmantel der sozialen Demagogie dem Faschismus die Möglichkeit gab, in einer Reihe von Ländern die durch die Krise aus den Geleisen geratenen kleinbürgerlichen Massen und sogar gewisse Teile der rückständigsten Schichten des Proletariats mitzureißen, die niemals dem Faschismus gefolgt wären, hätten sie seinen wahren Klassencharakter, seine wahre Natur begriffen.“

„...die Schwäche der Bourgeoisie selbst zum Ausdruck bringt, die vor der Herstellung der Kampfeinheit der Arbeiterklasse Angst hat, vor der Revolution Angst hat und nicht mehr imstande ist, ihre Diktatur über die Massen mit den alten Methoden der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus aufrechtzuerhalten.“

„Den Sieg des Faschismus in Deutschland - sagte Genosse Stalin auf dem XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) darf man nicht nur als Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse und als Ergebnis des Verrats der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse betrachten, die dem Faschismus den Weg ebnete. Man muß ihn auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie betrachten, als ein Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen, weshalb sie in der Innenpolitik gezwungen ist, zu terroristischen Regierungsmethoden zu greifen; als ein Zeichen dafür, daß sie nicht mehr imstande ist, einen Ausweg aus der jetzigen Lage auf dem Boden einer friedlichen Außenpolitik zu finden, weshalb sie gezwungen ist, zur Politik des Krieges zu greifen.“

„Der Faschismus packte bei dem unter der Jugend besonders scharf ausgeprägten Drang nach Kampfaktivität an und zog einen großen Teil der Jugend in seine Kampftrupps. Die neue Generation der männlichen und weiblichen Jugend hat nicht die Schrecken des Krieges durchgemacht. Sie kostet am eigenen Leibe die ganze Schwere der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit und des Zerfalls der bürgerlichen Demokratie aus. Da bedeutende Teile der Jugend keine Perspektiven für die Zukunft sahen, so waren sie besonders empfänglich für die faschistische Demagogie, die ihnen eine verlockende Zukunft ausmalte, wenn der Faschismus siegte.“

„Der Faschismus handelt im Interesse der extremen Imperialisten, aber vor den Massen tritt er unter der Maske des Beschützers der gedemütigten Nation auf und appelliert an das verletzte Nationalgefühl, wie zum Beispiel der deutsche Faschismus, der mit der Losung "Gegen Versailles" die kleinbürgerlichen Massen mitriß“.

„In Deutschland haben unsere Genossen lange Zeit das verletzte Nationalgefühl und die Empörung der Massen gegen den Versailler Friedensvertrag nicht genügend berücksichtigt...sie sind mit dem Programm der sozialen und nationalen Befreiung zu spät hervorgetreten.“

„Der Faschismus strebt die zügelloseste Ausbeutung der Massen an, tritt aber mit einer raffinierten antikapitalistischen Demagogie an sie heran, macht sich den tiefen Haß der Werktätigen gegen die räuberische Bourgeoisie zunutze und stellt Losungen auf, die im gegebenen Moment für die politisch unreifen Massen am verlockendsten sind.“

„Ferner ruft der Sieg des Faschismus den tiefen Haß und die Empörung der Massen hervor, begünstigt ihre Revolutionierung und gibt der Einheitsfront des Proletariats gegen den Faschismus einen mächtigen Anstoß.“

„So bereitete die Sozialdemokratie dem Faschismus den Weg zur Macht, sowohl in Deutschland als auch in Österreich, als auch in Spanien, desorganisierte und spaltete die Reihen der Arbeiterklasse...Die Führer der Sozialdemokratie vertuschten den wahren Klassencharakter des Faschismus und verschwiegen ihn vor den Massen und riefen nicht zum Kampf gegen die immer schärfer werdenden reaktionären Vorkehrungen der Bourgeoisie auf. Sie tragen die große historische Verantwortung dafür, daß im entscheidenden Zeitpunkt des faschistischen Vormarsches ein bedeutender Teil der werktätigen Massen Deutschlands und eine Reihe anderer faschistischer Länder im Faschismus nicht das blutgierige räuberische Finanzkapital, seinen schlimmsten Feind erkannte, und daß diese Massen nicht zum Widerstand bereit waren.“

„War der Sieg des Faschismus in Deutschland unvermeidlich? Nein, die deutsche Arbeiterklasse hätte ihn verhindern können. Aber dazu hätte sie die Herstellung der antifaschistischen proletarischen Einheitsfront durchsetzen, die Führer der Sozialdemokratie zwingen müssen, den Feldzug gegen die Kommunisten einzustellen und die wiederholten Angebote der Kommunistischen Partei über die Aktionseinheit gegen den Faschismus anzunehmen. Sie hätte bei dem Angriff des Faschismus und bei der allmählichen Liquidierung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten durch die Bourgeoisie sich nicht mit den schönen Resolutionen der Sozialdemokratie zufrieden geben dürfen, sondern hätte mit einem wirklichen Massenkampf antworten müssen, der die faschistischen Pläne der deutschen Bourgeoisie erschwerte.“

c. Der Widerstand: „Die weiße Rose“

Sechstes Flugblatt der Weißen Rose. Nach einem Entwurf von Kurt Huber mit Korrekturen von Hans Scholl und Alexander Schmorell, Februar 1943.

„Kommilitoninnen! Kommilitonen!

Erschüttert steht unser Volk vor dem Untergang der Männer von Stalingrad. Dreihundertdreißigtausend deutsche Männer hat die geniale Strategie des Weltkriegsgefreiten sinn- und verantwortungslos in Tod und Verderben gehetzt. Führer, wir danken dir! Es gärt im deutschen Volk: Wollen wir weiter einem Dilettanten das Schicksal unserer Armeen anvertrauen? Wollen wir den niedrigsten Machtinstinkten einer Parteidictique den Rest unserer deutschen Jugend opfern? Nimmermehr! Der Tag der Abrechnung ist gekommen, der Abrechnung der deutschen Jugend mit der verabscheuungswürdigsten Tyrannis, die unser Volke erduldet hat. Im Namen des ganzen deutschen Volkes fordern wir vom Staat Adolf Hitlers die persönliche Freiheit, das kostbarste Gut der Deutschen zurück, um das er uns in der erbärmlichsten Weise betrogen. In einem Staat rücksichtsloser Knebelung jeder freien Meinungsäußerung sind wir aufgewachsen. HJ, SA und SS haben uns in den fruchtbarsten Bildungsjahren unseres Lebens zu uniformieren, zu revolutionieren, zu narkotisieren versucht. "Weltanschauliche Schulung" hieß die verächtliche Methode, das aufkeimende Selbstdenken und Selbstwerten in einem Nebel leerer Phrasen zu ersticken. Eine Führerauslese, wie sie teuflischer und zugleich bornierter nicht gedacht werden kann, zieht ihre künftigen Parteibonzen auf Ordensburgern zu gottlosen, schamlosen und gewissenlosen Ausbeutern und Mordbuben heran, zur blinden, stupiden Führergefolschaft. Wir Arbeiter des Geistes, wären gerade recht, dieser neuen Herrschicht den Knüppel zu machen. Frontkämpfer werden von Studentenführern und Gauleiteraspiranten wie Schulbuben gemaßregelt, Gauleiter greifen mit geilen Späßen den Studentinnen an die Ehre. (...) Es gibt für uns nur eine Parole: Kampf gegen die Partei! Heraus aus den Parteigliederungen, in denen man uns politisch weiter mundtot halten will! Heraus aus den Hörsälen der SS-Unter- und -Oberführer und Parteikriecher! Es geht uns um wahre Wissenschaft und echte Geistesfreiheit! Kein Drehmittel kann uns schrecken, auch nicht die Schließung unserer Hochschulen. Es gilt den Kampf jedes einzelnen von uns um unsere Zukunft, unsere Freiheit und Ehre in einem seiner sittlichen Verantwortung bewußten Staatswesen. Freiheit und Ehre! Zehn lange Jahre haben Hitler und seine Genossen die beiden herrlichen deutschen Worte bis zum Ekel ausgequetscht, abgedroschen, verdreht, wie es nur Dilettanten vermögen, die die höchsten Werte einer Nation vor die Säue werfen. Was ihnen Freiheit und Ehre gilt, das haben sie in zehn Jahren der Zerstörung aller materiellen und geistigen Freiheit, aller sittlichen Substanz im deutschen Volk genugsam gezeigt. Auch dem dümmsten Deutschen hat das furchtbare Blutbad die Augen geöffnet, das sie im Namen von Freiheit und Ehre der deutschen Nation in ganz Europa angerichtet haben und täglich neu anrichten. Der deutsche Name bleibt für immer geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, rächt und sühnt zugleich, ihre Peiniger zerschmettert und ein neues geistiges Europa aufrichtet. Studentinnen! Studenten! Auf uns sieht das deutsche Volk! Von uns erwartet es, wie 1813 die Brechung des Napoleonischen, so 1943 die Brechung des nationalsozialistischen Terrors aus der Macht des Geistes. Beresina und Stalingrad flammen im Osten auf, die Toten von Stalingrad beschwören uns! "Frisch auf mein Volk, die Flammenzeichen rauchen!" Unser Volk steht im Aufbruch gegen die Verknechtung Europas durch den Nationalsozialismus, im neuen gläubigen Durchbruch von Freiheit und Ehre.“

„Nicht über die Judenfrage wollen wir in diesem Blatte schreiben, keine Verteidigungsrede verfassen - nein, nur als Beispiel wollen wir die Tatsache kurz anführen, die Tatsache, daß seit der Eroberung Polens dreihunderttausend Juden in diesem Land auf bestialischste Art ermordet worden sind. Hier sehen wir das fürchterlichste Verbrechen an der Würde des Menschen, ein Verbrechen, dem sich kein ähnliches in der ganzen Menschengeschichte an die Seite stellen kann. Auch die Juden sind doch Menschen - man mag sich zur Judenfrage stellen, wie man will -, und an Menschen wurde solches verübt.“ (2. Flugblatt der Weißen Rose)

Konrad Hecker
DER FASCHISMUS
und seine
demokratische
Bewältigung

GegenStandpunkt Verlag
www.gegenstandpunkt.com
gegenstandpunkt@t-online.de
354 Seiten, Din A 5
ISBN 3-929211-02-5

II. Die NPD ihre Maßstäbe und Ziele

1. NPD und Volk

„Grundlage des Staates ist das Volk“

„Volkstum und Kultur sind die Grundlagen für die Würde des Menschen. Deswegen trägt der Staat, dessen Aufgabe der Schutz der Menschenwürde ist, Verantwortung für das Volk. Die Völker sind die Träger der Kulturen. Völker unterscheiden sich durch Sprache, Herkunft, geschichtliche Erfahrung, Religion, Wertvorstellungen und ihr Bewußtsein. Ihrer kulturellen Eigenart werden sich die Völker besonders dann und dort bewußt, wo diese gefährdet ist. Die Erhaltung der Völker dient der Erhaltung der Kultur. Bloße Gesellschaften entwickeln keine Kultur, sondern bestenfalls eine Zivilisation, deren höchster Wert materiell ist. "Multikulturelle" Gesellschaften sind in Wirklichkeit kulturlose Gesellschaften. Die Vielfalt der Völker muß erhalten bleiben. Die politische Organisationsform eines Volkes ist der Nationalstaat, in dem ein Volk seine Werte pflegt, seine Sicherheit gewährleistet, seine Zukunft sichert und die materiellen Voraussetzungen seines Lebens garantiert. Deutschland ist das Land der Deutschen und somit die Heimstatt unseres Volkes. Die Erhaltung unseres Volkes und der Schutz für alle seine Teile sind die höchsten Ziele deutscher Politik. Zu diesem Zweck strebt das deutsche Volk Freundschaft und gute Beziehungen zu allen gutwilligen Nationen an, um gemeinsam der Zerstörung der Lebensgrundlagen durch multikulturelle, imperialistische und gleichmacherische Kräfte zu begegnen.“
(Homepage NPD)

2. NPD und Familie

„Grundlage unseres Volkes ist die deutsche Familie“

„Die kleinste Gemeinschaft innerhalb unseres Volkes ist die Familie. Ihr gehört daher die besondere Zuwendung und Pflege des Staates. Die Familie ist vor allen anderen Lebensgemeinschaften zu fördern. Nationaldemokraten lehnen die jede Gemeinschaft gefährdende "Selbstverwirklichung" und den mit ihr einhergehenden schrankenlosen Egoismus ab. Die Familie ist lebendes Bindeglied überlieferter Traditionen. In ihr werden die Muttersprache gelehrt und Kultur und Gebräuche vermittelt. Die Familie ist Träger des biologischen Erbes. Ein Volk, das tatenlos zusieht, wie die Familie zerstört wird oder ihre Kraft verliert, wird untergehen, weil es ohne gesunde Familien kein gesundes Volk gibt. Kindergeld als volkspolitische Maßnahme des Staates darf nur an deutsche Familien ausbezahlt werden. Besonderer Schutz haben dem werdenden Leben und der werdenden Mutter zu gelten. Die Tötung ungeborenen Lebens darf nur bei Gefahr der Gesundheit von Mutter und Kind sowie nach Vergewaltigungen erlaubt sein. Der familiengerechte Wohnungsbau mit kindgerechtem Umfeld ist vorrangig zu fördern. Das Miteinander der Generationen soll möglich werden. Im Zusammenleben mit Eltern und Geschwistern erfährt der Heranwachsende in der häuslichen Geborgenheit die natürliche Erziehung, die ihm hilft, sich zur Persönlichkeit zu entwickeln. Diese Geborgenheit ist das beste Bollwerk gegen die Zunahme psychischer Erkrankungen der Jugend. Die Leistung der Hausfrau und Mutter ist mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe zu vergleichen. Ihr gebührt ein nach Anzahl der Kinder gestaffeltes Hausfrauen- und Müttergehalt, das ihrer vielseitigen Tätigkeit und Verantwortung entspricht. Sie sollte nicht aus finanziellen Gründen außerhäuslich arbeiten müssen, da der Beruf in der Familie sie voll auslastet. Ihre Altersrente ist zu sichern. Dies gilt alternativ auch für alleinerziehende Väter. Die NPD befürwortet eine Frauenpolitik, die den Frauen und Mädchen volle Gleichberechtigung einräumt. Die Leistungen der Frauen am Wiederaufbau unseres Landes nach 1945 sind zu würdigen.“ (ebenda)

3. NPD und Demokratie

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“

„Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus. Politische Organisationsformen müssen so geordnet sein, daß sie handlungsfähige Organe ermöglichen, die in Übereinstimmung mit den Grundzielen des Volkes handeln. Der Staat hat dabei über den Egoismen einzelner Gruppen zu stehen und die Gesamtverantwortung wahrzunehmen. Er ist Wahrer des Ganzen. Die Austauschbarkeit der Regierungen durch demokratische Entscheidungen, die Kontrolle der Machtinhaber durch das Volk und die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Entscheidungen sind die Grundlage einer jeden gesetzlichen Ordnung. Rechtsfreie Räume dürfen nicht geduldet werden. Der Einfluß des Volkes muß durch Volksentscheide und direkte Wahlen gestärkt werden. Die Absicherung der Macht durch Einschränkung der Meinungsfreiheit sowie durch Monopolisierung der verbreiteten Meinungen im Sinne der herrschenden Schichten ist zu beenden. Der Präsident muß als Staatsoberhaupt über den Parteien und dem politischen Tageskampf stehen. Daher soll er nicht durch die Parteien, sondern unmittelbar durch das Volk gewählt werden.“ (ebenda)

4. NPD – Wirtschafts – und Sozialpolitik

„Für Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit!

In Deutschland sind derzeit etwa acht Millionen Menschen arbeitslos. Das Problem der Massenarbeitslosigkeit ist von dem Problem der Masseneinwanderung nicht zu trennen. Durch den unkontrollierten Zustrom von Ausländern kommt es unmittelbar zu einem Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, der zu Lasten der deutschen Arbeitnehmer geht. Dies ist eine der Hauptursachen für den Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit und sozialer Verelendung in unserem Land. Die beträchtliche Vergrößerung des Angebots von Arbeitskräften durch Masseneinwanderung und EU-Osterweiterung führt zudem zu einer Absenkung des realen Lohnniveaus.“

„Die NPD fordert soziale Veränderungen. Deutsche Arbeitnehmer müssen stärker am Produktivkapital beteiligt werden. Daher fordern wir einen Umbau der Strukturen der Großbetriebe. Investivlöhne und andere Formen freiwilliger Beteiligungsmodelle bieten die Möglichkeit, Verteilungskonflikte einerseits und den Kapitalbedarf der Wirtschaft andererseits in Einklang zu bringen. Die künstliche Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten ist nicht mehr zeitgemäß. Diese Aufteilung und die daraus folgende Ungleichbehandlung im Berufsleben ist zu beseitigen. Um der nationalen Solidarität willen fordern wir: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Den Bedürfnissen von Frauen mit Kindern kommen Teilzeitarbeit und Arbeitsplatzteilung in besonderem Maße entgegen. Daher wollen wir solche Arbeitsplätze fördern. Hausfrau und Mutter sind anderen Berufen gleichzustellen. Das Instrument der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) durch die Bundesanstalt für Arbeit kann nur eine Notlösung sein. Wir fordern echte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in zukunftssträchtigen Wirtschaftszweigen.“ (Flugblatt NPD)

„Während Millionen Deutsche arbeitslos sind, gibt es bei uns mehr als drei Millionen gemeldete ausländische Arbeitskräfte und mindestens eine Million illegal arbeitende Ausländer. Ein Zustand, der unhaltbar ist. In keinem anderen Land wäre dies möglich. Jede Regierung kümmert sich zuerst um Arbeitsplätze für die eigenen Bürger, für das eigene Volk. Nur in Deutschland ist das nicht so. Hier werden sogar noch fremde Arbeitskräfte im Ausland angeworben und dafür sogar neue Gesetze geschaffen (Green-Card). Eine solche gegen das eigene Volk gerichtete Politik birgt ungeahnten sozialen und volkswirtschaftlichen Sprengstoff in sich. Es ist ein Skandal, daß Deutsche im eigenen Land keinen Vorrang bei der Vergabe von Arbeitsplätzen haben und von ausländischen Lohndrückern in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden. Es ist ein Skandal, daß Milliarden für die Einwanderung von Ausländern ausgegeben werden, aber für ein staatliches Beschäftigungsprogramm für uns Deutsche kein Geld da ist. Es ist ein Skandal, daß das BRD-Steuerrecht deutsche Unternehmen begünstigt, die ihre Produktionsstätten im Ausland errichten. Es ist ein Skandal, daß die Herrschenden die Währungshoheit über unser Land Fremden überlassen haben.

Wir fordern:

Steuerfreiheit für Gewinne, die im Unternehmen in Deutschland verbleiben und somit für Investitionen und Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Absage an die Globalisierungspolitik, Wiedereinführung einer deutschen Volkswirtschaft und Sicherung der Grenzen vor Wareneinfuhr aus Billiglohnländern.

Ein nationales Arbeitsplatzsicherungsgesetz, das die Vermittlung von ausländischen Arbeitskräften untersagt, solange qualifizierte Deutsche arbeitslos sind.

Einführung einer Sondersteuer in Höhe der jeweiligen Sozialabgaben für Unternehmen, die Ausländerbeschäftigen.

Die Ausgliederung der ausländischen Arbeitskräfte aus der deutschen Sozialversicherung und Abschiebung von Ausländern, die länger als drei Monate arbeitslos sind.“ (Flugblatt NPD)

„Die Wirtschaft muss dem Volke dienen“

„Die Wirtschaft unseres Volkes ist nicht autonom, sondern Teil des Ganzen. Der Staat muß der Wirtschaft Rahmenrichtlinien vorgeben; falls nötig, Richtdaten setzen und durchsetzen, wenn das Gemeinwohl dies erfordert. Nicht das Volk dient der Wirtschaft, vielmehr muß die Wirtschaft dem Volke dienen. Ziel nationaldemokratischer Wirtschaftspolitik ist die Synthese von unternehmerischer Freiheit und sozialer Verpflichtung. Deshalb bekennt sich die NPD zu einem freien und sozialverpflichteten Unternehmertum. Die Führung der Volkswirtschaft ist jedoch Aufgabe des Staates und unterliegt dessen letzter Verantwortung. Die Industrie- und Dienstleistungsverlagerungen aus Deutschland und die Vergabe von Lohnarbeit in sogenannte Billiglohnländer ist moralisch zu ächten und steuerlich zu ahnden. Die Vereinigung der deutschen Teilstaaten BRD und DDR und der damit zusammenhängende Zusammenbruch der staatsmonopolistischen Kommandowirtschaft der DDR stellte die Wirtschaftspolitik vor Aufgaben, die mit den alten Konzepten nicht lösbar waren. Der Verkauf von Betrieben und Einrichtungen durch die "Treuhand" und deren Nachfolgerin (BVS) macht ganz Mitteldeutschland zu einer Armutsregion mit kaum faßbarer Arbeitslosigkeit. Die Treuhand-Nachfolgerin muß eingebunden werden in Landeseigentum mit dem politischen Auftrag des Wiederaufbaus von deutscher Industrie und Landwirtschaft. Anstelle der Vernichtungsberatung muß es zu einer Aufbauberatung kommen. Die Industrieforschung - ein Rückgrat für die Produkt- und Prozeßinnovation, die von der Treuhand in Mitteldeutschland weitestgehend beseitigt wurde - ist mit neuem Auftrag an die Nachfolgerin (BVS) wieder zu aktivieren. Die mittelständische Wirtschaft muß als lebenswichtiger Bestandteil unserer Volkswirtschaft erhalten und besonders in Mitteldeutschland gestärkt werden. Die NPD wird die deutschen Handwerks- und Ausbildungsordnungen konsequent verteidigen.“ (Homepage NPD)

„Die raumorientierte Volkswirtschaft“

Die deutsche Wirtschaft einschließlich der in Deutschland tätigen ausländischen Unternehmen hat dem deutschen Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig-kulturellen Entwicklung zu dienen. Soziale und ökonomische Belange sollen mit den Bedingungen von Land, Volk und Ökologie in Übereinstimmung gebracht werden. Die Wirtschaft darf Deutschlands Umwelt nicht zerstören und seine Bevölkerung nicht entfremden. Grund und Boden sind Eigentum des deutschen Volkes. Jeder Deutsche hat das Recht auf Arbeit. Arbeitsplätze sind zuerst an Deutsche zu vergeben. Männer und Frauen sind im Arbeitsleben unter Berücksichtigung des Leistungsprinzips gleich zu behandeln. Die Arbeitnehmer sind am Produktivvermögen zu beteiligen. Was Automation und Rationalisierung an Arbeit und Lohn nehmen, muß durch Mitbeteiligung am Gewinn der Wirtschaft wiedergegeben werden. Die NPD lehnt die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung systematisch betriebene Internationalisierung der Volkswirtschaften entschieden ab. Diese Globalisierung der Wirtschaft beruht auf dem überholten und falschen Ziel der maximalen Ausbeutung der Erde durch Schaffung von wirtschaftlichen Monokulturen gemäß dem sogenannten "Gesetz der komparativen Vorteile". Die NPD lehnt die Globalisierung der deutschen Wirtschaft auch deswegen ab, weil die unmittelbar zur Massenerwerbslosigkeit geführt hat. Die NPD fordert eine am heimischen Lebensraum der Menschen orientierte vielseitige und ausgewogene soziale Volkswirtschaft. Der internationale Handel ist eine notwendige Ergänzung der heimatlichen Wirtschaftsbasis, darf aber diese in ihrer Vielfalt und Substanz nicht aushöhlen.“ (ebenda)

5. NPD und Gewerkschaften

Aus einem Flugblatt der NPD heißt es:

"Gewerkschaften als Arbeitnehmerfeinde. Auch die Gewerkschaften sind längst nicht mehr die Interessenvertreter der Arbeitnehmer. Im Gegenteil: Überwiegend im Schlepptau der SPD drängen ihre Funktionäre heute auf Kosten der Arbeitnehmer an die Tröge der Macht. Das von ihnen seit jeher in eigennütziger und bequemer Weise propagierte Modell der sogenannten Sozialpartnerschaft mit dem Kapital schwächt in der Realität den Kampf der Werktätigen gegen die ökonomische Monopolpolitik von Großkapital und Systemparteien. Fakt ist deshalb: Gewerkschafter sind Handlanger des Großkapitals."

„1. Mai: Tag der Arbeit - Arbeit für alle Deutschen!“

„...Die Gewerkschaften waren es, die freudig zusahen, wie in den sechziger Jahren Hunderttausende von Ausländern als "Gastarbeiter" ins Land strömten, um langsam aber sicher die Deutschen vom Arbeitsmarkt zu verdrängen. Ihre Aufgabe wäre es schon vor Jahrzehnten gewesen, auf diese Fehlentwicklung hinzuweisen und durch Tarifverträge und Gesetzesinitiativen darauf hin zu wirken, daß den "Gastarbeitern" schon bei der Einreise klar ist, daß sie "Gäste" sind und eines Tages wieder nach Hause müssen. Selbst als die Zahlen der deutschen Arbeitslosen und der "Gastarbeiter" in die Millionen gingen, stellten sich die Arbeitnehmervertreter niemals gegen die stärker werdenden "Einwanderungsbewegungen" und auch nicht schützend vor die Arbeitsplätze deutscher Arbeitnehmer.

Stattdessen freuten sich die Gewerkschaften über neue Mitglieder, die man leichter als die Deutschen manipulieren konnte. Als Deutsche millionenfach arbeitslos wurden, wäre es die Pflicht deutscher Gewerkschafter gewesen, die Rückführung der "Gastarbeiter" in ihre Heimatländer zu fordern. Doch man beschimpfte im Gegenteil verantwortungsbewußte weitsichtige nationale Politiker als "ausländerfeindlich" oder "faschistisch", die sich gegen weitere Zuwanderung und Integration der Ausländer aussprachen. Nun, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist und unser gesamtes Sozialsystem durch Mißbrauch und Überlastung durch Einwanderer und deren Angehörigen zusammengebrochen ist, glauben die Gewerkschaften durch überzogene Lohnforderungen ihre Daseinsberechtigung beweisen zu müssen. Dabei liegt es auf der Hand, daß die Überfremdung des Arbeitsmarktes und die von ihnen nie ernsthaft bekämpfte Globalisierung für den unaufhaltsam scheinenden sozialen Abstieg in Deutschland verantwortlich sind.

...Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen unter Einbeziehung aller derjenigen Personen, die mit Tricks aus der Statistik entfernt wurden, liegt zwischen sieben und acht Millionen. Hartz IV ist sozial ungerecht und bedeutet staatlich verordnete Armut per Gesetz. All das sind die "Erfolge" der etablierten Globalisierungsparteien und der Gewerkschaften. Sie allesamt tragen für diese katastrophale Entwicklung die alleinige Verantwortung!

...Die Gewerkschaften hingegen kümmern sich schon seit Jahrzehnten mehr um die Belange ausländischer Mitarbeiter als um das Wohl deutscher Arbeiter. Ihnen geht es dabei in erster Linie um die Gewinnung neuer Mitglieder, um die Pfründe ihrer Funktionäre zu sichern. Sie haben ihre Daseinsbestimmung und die Interessen deutscher Arbeitnehmer längst verraten.“

6. NPD-Kritik an Multi-Kulti

„Volksgemeinschaft statt Multi-Kulti-Wahn! Die Volksgemeinschaft in der BRD wurde planmäßig zerstört. An ihre Stelle trat eine zunehmend multikulturelle Ansammlung von Individuen, die egoistische Ziele verfolgen. Vier Millionen Alkoholiker und eine Million Medikamentenabhängige versuchen, der Vereinsamung und Perspektivlosigkeit durch Rauschgiftkonsum zu entgehen. Die NPD fordert: Schluß mit der Zerstörung der Gemeinschaft, Stärkung von Familie und Brauchtum, Einwanderungsstopp und Ausländerrückführung!“ (Homepage NPD)

„Deutschland muß wieder deutsch werden“

„Im Zusammenspiel von Großkapital, Regierung und Gewerkschaften wurden Millionen von Ausländern wie Sklaven der Neuzeit nach Deutschland geholt. Diese Politik wird durch eine menschen- und völkerverachtende Integration fortgesetzt. Ausländer und Deutsche werden gleichermaßen ihrer Heimat entfremdet und entwurzelt, ihnen droht der Verlust ihrer Identität, der bis zur Zerstörung der Familien führt. In zahlreichen Städten bilden sich Ausländerghettos, in denen die deutsche Restbevölkerung zur Minderheit im eigenen Land wird. Das Leben in diesen Wohnvierteln, ihre schulische Versorgung und das soziale Umfeld werden unerträglich. Deutsche und Angehörige fremder Völker stehen sich dort immer feindseliger gegenüber. Durch diese Entwicklung wird der innere Friede zunehmend gefährdet. Ein grundlegender politischer Wandel muß die menschenfeindliche Integrationspolitik beenden sowie die deutsche Volkssubstanz erhalten. Das Recht aller Menschen auf eine lebenswerte Zukunft, das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, auf kulturelle und nationale Identität, haben Vorrang vor bedingungslosem, einseitigem und kurzsichtigem Gewinnstreben. Den Angehörigen anderer Völker, die hier einen Arbeitsplatz auf Zeit innehaben, muß die Möglichkeit gegeben werden, ihre kulturelle und nationale Identität zu wahren. Dadurch ist ihnen auch die Rückkehr in ihre Heimatländer zu erleichtern. Wir Nationaldemokraten fordern die ersatzlose Streichung des sogenannten "Asylparagraphen" Art. 16 a Grundgesetz. Das weltweit einzigartige Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland hat nicht nur zu einem Mißbrauch in unvorstellbarem Ausmaß geführt, sondern auch zu einer Belastung der Staatsausgaben in Milliardenhöhe. Anzustreben ist stattdessen eine weltweite Regelung, wonach bei politischer Verfolgung Asyl in einem Nachbarstaat gewährt wird, in Problemfällen auch in entfernteren Ländern des gleichen oder eines ähnlichen Kulturgebietes. Diese Lösung ist die menschlichere, da dann die Bindung des Einzelnen wie der Familien an ihre Heimat besser gewahrt bleibt.“ (ebenda)

Exkurs: Was ist Rassismus?

„Now, gentleman“, sagte er unter großem Applaus, „die Natur selbst hat den Neger zu dieser Knechtschaftslage bestimmt. Er hat die Stärke und ist kräftig zur Arbeit; aber die Natur, die ihm diese Stärke gab, verweigerte ihm sowohl den Verstand zum Regieren, wie den Willen zur Arbeit.“ (Beifall) „Beide sind ihm verweigert! Und dieselbe Natur, die ihm den Willen zur Arbeit vorenthielt, gab ihm einen Herren, diesen Willen zu erzwingen und ihn in dem Klima, wofür er geschaffen, zu einem nützlichen Diener zu machen, sowohl für sich selbst, wie für den Herren, der ihn regiert. Ich behaupte, daß es keine Ungerechtigkeit ist, den Neger in der Lage zu lassen, worin die Natur ihn gestellt hat; ihm einen Herrn zu geben, der ihn regiert; und man beraubt ihn keines seiner Rechte, wenn man ihn zwingt, dafür auch wieder zu arbeiten und seinem Herrn eine gerechte Entschädigung zu liefern für die Arbeit und Talente, die er anwendet, um ihn zu regieren und ihn für sich selbst und die Gesellschaft nützlich zu machen.““ (New York Daily Tribune vom 20. Dezember 1859, zitiert nach Marx, Das Kapital Bd. 3, S. 399)

7. NPD und Imperialismus

„Deutschland in seinen geschichtlich gewachsenen Grenzen“

„Die Wiederherstellung Deutschlands ist mit der Vereinigung der Besatzungskonstruktionen BRD und DDR nicht erreicht. Deutschland ist größer als die Bundesrepublik! Die ersatzlose Streichung der Feindstaatenklauseln in der Charta der Vereinten Nationen ist eine Voraussetzung für die Gleichberechtigung der Völker. Wir fordern die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzenerkennungsverträge. Unrecht kann niemals die Grundlage eines dauerhaften Friedens zwischen Völkern sein. Dies zeigt sich deutlich im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, in dem die Völker vom Balkan bis zum Baltikum unter den Spätfolgen des Ersten Weltkriegs leiden. Die unsere Geschichte mißachtende und gegen das Völkerrecht verstoßende bedingungslose Preisgabe deutscher Gebiete ist nicht hinzunehmen. Wir beharren konsequent auf einer gerechten und dem Frieden auf Dauer dienenden Regelung. Die Staatenwelt ordnet sich neu. Im Rahmen dieser Neuordnung muss Deutschland - in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und dem Abkommen von Helsinki - eine friedliche Politik zur Wiedervereinigung innerhalb seiner geschichtlich gewachsenen Grenzen betreiben. In der Zwischenzeit besteht die Pflicht, Millionen von Deutschen in den abgetrennten Gebieten zu helfen, ihre deutsche Kultur und ihre nationale Identität zu bewahren.“ (NPD-Homepage)

8. NPD und Militär

„Die Wehrpolitik muß eine nationale Grundlage haben“

„Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volk. Daher bejaht die NPD den soldatischen Dienst in der Bundeswehr. Frauen können freiwillig am Wehrdienst teilnehmen oder ein soziales Jahr leisten. Die tapfere Haltung deutscher Soldaten aller Zeiten muß Vorbild der Bundeswehr sein. Der Soldat soll wissen, für welche Werte er sich einsetzt und daß ihm niemand zumutet, als Söldner fremden Interessen zu dienen. Der Oberbefehl über deutsche Soldaten muß in deutscher Hand liegen. Die Bildung eines deutschen Generalstabs ist erforderlich. Die NPD fordert zur Aufrechterhaltung der notwendigen Disziplin die Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit. Nationale Sicherheitspolitik muß auf eine nationale Wehrpolitik ausgerichtet sein. Sie hat dem Ziel zu dienen, den Frieden in Europa zu erhalten. Europäische Sicherheitspolitik vertritt die Interessen Europas in der Welt und stellt den inneren Frieden Europas unter Anwendung des Völkerrechts sicher. Deutsche Streitkräfte dürfen nicht Mittel internationaler Großmachtpolitik sein. Daher fordert die NPD den Austritt aus der NATO und die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems. Einsätze im Rahmen der UNO sind abzulehnen, solange es die Feindstaatenklauseln der UNO-Satzung zu Lasten Deutschlands gibt, so daß nicht alle Völker der UN gleichberechtigt sind. Einsätze im Rahmen einer europäischen Sicherheitspolitik bedürfen der Genehmigung durch den "Nationalen Sicherheitsrat", welcher binnen vier Wochen der Zustimmung des Bundestages bzw. des Notparlamentes bedarf. Der Nationale Sicherheitsrat behandelt alle Fragen im Zusammenhang eines militärischen Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Oberster Grundsatz sind immer die Interessen der nationalen Verteidigung und die Anwendung des Völkerrechts. Die Versorgung von Kriegsteilnehmern und deren Angehörigen ist eine Ehrenpflicht des deutschen Staates.“ (ebenda)

9. NPD – Kritik an Auslandseinsätzen der Bundeswehr

„Die Große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht nun die deutschen Interessen bereits in Zentralafrika berührt. Die Bundeswehr, die nach dem Willen des Grundgesetzes ausschließlich zur Landesverteidigung eingesetzt werden soll, wird nun wahrscheinlich zur Sicherung von Wahlen im Kongo eingesetzt werden. Selbst die Grünen, unter deren politischer Verantwortung bereits das völkerrechtswidrige Bombardement auf Serbien stattgefunden hatte, können der »Militärmission« nur Gutes abgewinnen. Bereits vor einem Jahr war eine Wählerregistrierung der 28 Millionen Wahlberechtigten in dem rohstoffreichen Land erfolgt. Nachdem die Opposition aber die Allparteienregierung des kongolesischen Präsidenten Kabila nicht anerkennen wollte, kam es zu gewaltsamen Protesten. Das Land ist gezeichnet durch ethnische Konflikte, Korruption und Verteilungskämpfe um die Bodenschätze, die das Land unter normalen politischen Gesichtspunkten reich machen müssten. Was nun deutsche Soldaten im Kongo zu suchen haben, bleibt das Geheimnis der deutschen Bundesregierung. Ob diese im Umgang mit Kindersoldaten ausgebildet sind, ist ebenso fraglich wie der gesamte Einsatz, der, zeitlich begrenzt, nicht wirklich die Dinge verändern würde. Kongos führende Tageszeitung Le Potentiel kommentierte dann auch höhnisch, die EU möge ihre Soldaten lieber nach Paris schicken als nach Kinshasa. In der französischen Hauptstadt sei schließlich die Lage um einiges instabiler als in der kongolesischen. Der Vorsitzende der NPD machte jetzt deutlich, dass die nationale Opposition strikt gegen einen Militäreinsatz deutscher Truppen in Zentralafrika sei: »Es ist absolut widersinnig, dass ein Land wie Deutschland, das genügend Mühe hat, die eigene innere Sicherheit zu gewährleisten, dass so ein Land sich in internationale Konflikte einmischen soll.« Statt, wie beschlossen, in Potsdam ein Einsatzzentrum für die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung im Kongo mit den Franzosen einzurichten, so Voigt, wäre es sinnvoller, sich tatsächlich über die Ordnung in

Mitteleuropa Gedanken zu machen: »Nach den Ereignissen im letzten Herbst, wo in Frankreich das multikulturelle Pulverfass explodierte und nach den Demonstrationen in einer kapitalistisch verödeten französischen Gesellschaft, sollte man sich lieber zusammensetzen, um endlich über jene Maßnahmen zu beraten, die zur Restrukturierung der europäischen Nationen notwendig wären. Denn auch in Deutschland stehen die sozialen Zeichen auf Sturm.« (NPD-Homepage)

10. NPD – EU

„... Und tatsächlich führt die EU-Dienstleistungsrichtlinie zu enormen Veränderungen in Deutschland. Innerhalb der EU sollen zukünftig Unternehmen ihre Dienstleistungen ungehindert nach dem Herkunftslandprinzip anbieten können. Damit werden hohe Sozialstandards, die sowohl der heimischen Wirtschaft als auch den Arbeitnehmern Sicherheit geben, durch Sozialdumping ad absurdum geführt. Bei Aufträgen in Deutschland wären demnach nicht mehr die hiesigen Standards gültig, sondern die aus dem Fremdland. Und das Sahnehäubchen dieser Richtlinie ist, dass die Behörden des Fremdlandes zudem für die Kontrolle zuständig sein sollen. Ein Schelm, wer böses dabei denkt. Diese EU-Richtlinie zeigt offen den Charakter der EU auf. Immer offener tritt zutage, dass die Europäische Union lediglich der verlängerte Arm internationaler Konzerne ist. Die Systemparteien, aber auch die Vertreter der Arbeitgeberverbände sowie der Gewerkschaften sind maßgeblich an der Zerstörung der gewachsenen Struktur in unserem Land verantwortlich. Jetzt, wo es auch vielen Landsleuten immer klarer wird, dass die EU-Bevormundung mit dafür sorgt, dass die Rechte unserer Arbeitnehmer massiv eingeschränkt werden und eine Wettbewerbsverzerrung zulasten heimischer Betriebe erfolgt, fangen die Wölfe im Schafspelz an zu heulen. Die Wettbewerbsanarchie soll, nach Ansicht der EU-Kommissare, vor allem zum Vorteil für alle Verbraucher sein. Wohl bekannt sind uns aber noch die gleichen Phrasen, als zum Beispiel staatliche Energieversorger privatisiert wurden. Der hemmungslose Wettbewerb wird sicherlich nicht zu langfristig niedrigen Preisen führen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass erneut viele Deutsche ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Der Wettbewerb zum sogenannten Vorteil für die Verbraucher verkommt vielmehr zu einem Wettbewerb um die niedrigsten Sozialstandards für unser Volk. Über kurz oder lang wird dieses politikriminelle Treiben dazu führen, dass große Teile unserer Menschen verelenden. Unsere historisch gewachsene nationale Rechtsgebung wird auf dem Altar der Euro-Bürokraten geopfert...“ (NPD-Homepage)

11. NPD - Kritik der Globalisierung

„Die Möglichkeiten des Staates, Einfluss auf die Wirtschaft zu nehmen, werden immer geringer. Durch die vom Parteienkartell brutal vorangetriebene Globalisierung können die Konzerne ihre Produkte überall absetzen, unabhängig von den sozialen Verhältnissen im Herstellungsland. Neben massivem Sozialabbau fördert die Globalisierung Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzexport. Die NPD fordert: Arbeitsplätze zuerst für Deutsche, Einführung von Schutzzöllen, Entflechtung der internationalen Konzerne.“ (NPD – Programm, ebenso die weiteren Zitate)

12. NPD - Antiamerikanismus

„Frieden für Deutschland statt US-Kriege! Die USA führen weltweit Kriege zur Durchsetzung der Interessen der US – Wirtschaft. Das Schröderregime unterstützt die USA bei der Führung von Angriffskriegen mit Geld, Rüstung und deutschen Soldaten. Auch Stoiber wird daran nichts ändern. Die NPD fordert den Abzug aller fremden Truppen aus der BRD und den Austritt aus der Nato. Deutschland muss ein freies Land werden und darf nicht länger US-Kolonie sein. Wir sind eine antiimperialistische Partei und solidarisch mit allen Völkern, die sich im Abwehrkampf gegen den verbrecherischen US-Imperialismus und seine Helfershelfer befinden.“ (ebenda)

13. NPD – deutsche Vergangenheit

„Klare Absage an Sühnetourismus der Schuldmetaphysiker. Es dürfte niemanden überrascht haben, dass die NPD-Fraktion den steuerfinanzierten Sühnetourismus nach Auschwitz ablehnt und die Berufsbüßer und Schuldmetaphysiker der Altparteien alleine auf Reisen gehen lässt. Wir haben nicht vergessen, was der konservative Publizist und FAZ-Autor Johannes Groß einmal schrieb: "Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen." Durch den Einsatz der Auschwitz-Keule sollen die Deutschen - noch 61 Jahre nach der Einnahme des Lagers Auschwitz durch die Rote Armee - in eine Schuldknechtschaft gezwungen werden, die es in- und ausländischen Kreisen ermöglicht, die Deutschen moralisch zu demütigen, wirtschaftlich auszunehmen und politisch zu bevormunden. Die NPD-Fraktion will den Deutschen dagegen klar machen, dass sie sich 61 Jahre nach Kriegsende endlich des Büßerhemdes und der Narrenkappe als bisheriger Staatsmode der BRD zu entledigen haben. Der Fahrkartenschalter nach Canossa ist unwiderruflich geschlossen!“ (Erklärung des NPD-Abgeordneten J. Gansel im sächsischen Landtag)

14. NPD – Antisemitismus

„Selbstverständlich nehmen wir uns das Recht heraus, die Großmäuligkeit und die ewigen Finanzforderungen des Zentralrats der Juden in Deutschland zu kritisieren... Wir lassen uns von der Holocaust-Industrie, ein Wort des Juden Norman Finkelstein, 60 Jahre nach Kriegsende pseudomoralisch nicht erpressen... Der von jüdischer Seite seit 60 Jahren betriebene Schuldkult und die ewige jüdische Opfertümelei muss sich kein Deutscher gefallen lassen. Ebenso muss die psychologische Kriegsführung jüdischer Machtgruppen gegen das deutsche Volk unverzüglich beendet werden. Schließlich ist der Holocaust-Industrie, die mit moralisierenden Vorwänden die Deutschen immer nur erpressen will, endgültig das Handwerk zu legen.“ (Broschüre der NPD zur Bundestagswahl)

„Wie eine Krake hat der Dollar-Imperialismus die Welt im Würgegriff und er unternimmt nicht einmal mehr die geringsten Anstrengungen dies irgendwie zu verschleiern. Denn die Weltmachtstellung jüdischer Kapitalstrategen – gleich welcher

Staatsangehörigkeit sie zufällig haben – scheint ihrem weltgeschichtlichen Höhepunkt entgegenzutreiben. Deshalb existieren die Erbhöfe der Ostküste in Institutionen der Weltwirtschaft weder zufällig noch sind sie ungefährlich. Hier laufen die Fäden einer völkerfeindlichen Oligarchie zusammen.“ (Deutsche Stimme)

15. NPD – Israel/Palästina

„Wir können doch nicht über Generationen hinweg die Vergangenheit bejammern und entschädigen. So hat kein Volk eine Zukunft. Kann man Israel, das von der gesamten westlichen Welt gehätschelt und getätschelt wird und sich in jeder Situation auf Europa und die USA verlassen kann, bevorzugen und seine Politik als demokratisch bezeichnen?... Ist es richtig, den Völker der arabischen Welt aus Angst um Israel den Willen zum Frieden in Nahost abzusprechen, von ihnen Waffenruhe und die Anerkennung Israels zu fordern, ohne sich mit den Gründen für ihr Verhalten ernsthaft und vor allen Dingen unvoreingenommen befasst zu haben?... Was nützt Europa das Bündnis mit Israel, wenn es sich damit den Zorn der gesamten arabischen Welt einhandelt? ... Wären die Menschen davon überzeugt, dass israelische Politik die bessere Wahl sei, hätten sie wohl nicht die Hamas gewählt, oder?“ (Homepage NPD)

»Der in der neuen Welt nun auch zu militärischer Macht gelangte jüdische Auserwähltheitswahn duldet nicht die Völker und Nationen als selbstbestimmte Gemeinwesen (...) Das Große Töten durch die judäo-amerikanische Massenvernichtungs-maschine wird so lange anhalten, bis die Völker im Herzen Zebaoth den Teufel erkannt haben und ihn zur Hölle jagen.«
(Horst Mahler „Das Recht und die große metallene Bestie“)

"Für eine Welt freier Völker - Solidarität mit Irak und Palästina". (Demo des NPD-Kreisverbandes Jena)

„15. Hauptträger des Imperialismus sind heute die USA. Daneben bestehen aber auch kleinere Mächte (Israel), die eine regionale Vormachtstellung auf Kosten ihrer Nachbarn (Palästina) anstreben. Deren Umtriebe dürfen Nationalisten nicht außer acht lassen“. (Junge Nationaldemokraten)

„Palästina den Palästinensern! Deutschland den Deutschen! Volksgemeinschaft- statt USraelischer Globaldiktatur!“
(Gerd Ittner, Pressesprecher der BIA)

„Mit dem Hass und dem Mordtrieb gegen Nichtjuden, den schon das Alte Testament den Söhnen Abrahams einimpfte, gingen israelische Truppen gegen die palästinensische Stadt Dschenin vor und wüteten unter den Flüchtlingen.“ („Deutsche Stimme“, NPD-Parteiorgan, 06/2002)

16. NPD - Islam

„Islam als positive Integrationsbremse. Als größtes Integrationshindernis gilt derweil der Islam, weshalb man vielen orientalischen Landbesetzern bis zum Tag ihrer Rückführung nur viel Koranfestigkeit wünschen kann. Für die Multikulturalisten sind Islamisten längst so etwas wie "Spielverderber" geworden, die sich einfach nicht in die Dekadenzgesellschaft des Westens einschmelzen lassen wollen. Der Islam bindet die Fremden zu einem großen kulturellen Kollektiv zusammen, das seine Angehörigen vollständig vereinnahmt und die unaufhebbare kulturelle Differenz zum Gastland unterstreicht. So wirkt die Lehre des Propheten Mohammed in Europa als positive Anleitung zur Selbstghettoisierung der Gläubigen und zum Verzicht auf Mischehen mit Ungläubigen. Damit leistet der Islam zweifelsohne einen wichtigen Beitrag zum ethno-biologischen Erhalt auch der Deutschen. Solange die Fremden wegen der politischen Verhältnisse noch nicht ausgewiesen werden können, muß ihre islamische Identitäts- und Glaubensgemeinschaft möglichst intakt bleiben, damit es nicht zu kulturellem Einheitsbrei und Völkervermischung kommt. Diese partielle Wertschätzung des Islam darf aber nur vorübergehender und taktischer Natur sein, um in einer Zeit, in der die Völker von den Globalisten durch den Vermischungswolf gedreht werden, eine wichtige Integrationsbremse zu haben. Kein Nationalist darf daran zweifeln, daß der Islam in Europa eine Fremd- und Feindreligion ist. Eine Fremdreligion, weil er Religion und Politik zu einem Religionstotalitarismus verschmilzt, an dessen Ende ein Regime von Gottesgelehrten steht, was jeder europäischen Geistes- und Staatstradition widerspricht. Und eine Feindreligion ist der Islam für den Nationalisten, weil er; wie sein amerikanischer Gegenspieler; von einem aggressiven Missionarismus getragen wird. Die Muslime haben nämlich neben der Verteidigung des Islam, was völlig legitim ist, auch die religiöse Pflicht, die Welt der Ungläubigen zu unterwerfen, bis der Islam auf dem gesamten Globus herrscht. "Die Grenze des Islam ist die Grenze der Welt", heißt es in muslimischen Quellen. "Das Anliegen der Vereinigten Staaten von Amerika ist das Anliegen der Menschheit", formulierte in ähnlicher universalistischer Anmaßung Benjamin Franklin. Bei Islamismus und Amerikanismus handelt es sich mithin um zwei völkerverachtende Universalismen, um zwei Fundamentalismen mit konkurrierenden Heilsbotschaften. Dem nationalistischen Kernanliegen, das Selbstbestimmungsrecht des eigenen Volkes in einer Welt identitätsstarker Völker durchzusetzen, stehen beide Parteien aufgrund ihrer Weltherrschaftsansprüche feindlich gegenüber. Wer aber von den Völkern nicht reden will, soll von den Menschen schweigen.“ (NPD-Homepage)

Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Demokraten und Faschisten

III. Demokratie

1. Demokraten: Volk & Nation

„Es ist das Bekenntnis zu unserer Eigenart. Das beginnt mit unserer Sprache, unserer Kultur, unserer Geschichte. Da ist doch etwas, was wir als deutsch empfinden, als unsere Eigenart: unsere Tugenden, die Zuverlässigkeit, der Anstand und die Treue. Das will ich bewahren helfen. Wachstum als Verheißung reicht eben auf Dauer nicht aus, um Identität zu stiften. Wachstum ist immer das Ergebnis von Motiven und Interessen. Mein Begriff der Nation ist es, sich der Welt und dem internationalen Wettbewerb zu stellen, aber im Bewusstsein um Eigenart, Heimat, Zuhause. Die Nation wird eher wieder an Bedeutung gewinnen, wenn wir den Wettbewerb suchen.“ (Köhler, Interview im Focus)

„Mein Thema heißt: Die Deutschen und ihre Identität. Was ist eigentlich deutsch? Zunächst ist es ein naturgegebener Sachverhalt. Es ist die Folge der Tatsache, hier geboren und aufgewachsen zu sein, die deutsche Sprache zu sprechen, sich hier natürlicherweise zu Hause zu fühlen und damit ein Teil des Volkes zu sein. Ich bin Deutscher, wie ein Franzose eine Franzose, ein Russe ein Russe ist. Das ist weder ein Verdienst noch ein Mangel, ich habe es mir nicht ausgesucht. Was heißt nun eigentlich deutsch? Wir sind Menschen wie andere auch, wir lieben wie sie unsere Heimat.“ (R. v. Weizsäcker)

„Unsere Leistungskraft und unseren Gemeinsinn als Deutsche entwickeln wir ja nicht aus der Summe der Einzelinteressen, sondern aus einem klaren Bekenntnis zur Nation und zur Verantwortung für das Ganze.“ (Merkel)

„Eine Patriotismusdebatte ist richtig und notwendig für die wirtschaftlichen Reformen in Deutschland ... Es fehlt sonst das ‚überraigende Ziel‘ für alle, die wegen der Haushaltslage Verzicht leisten müssen. Nur wenn wir unser Land lieben, sind wir bereit zu Opfern.“ (v. Beust, Hamburger Bürgermeister)

„Patriotismus ist das, was ich jeden Tag tue. Wenn eines unpatriotisch ist, dann das eigene Land so schlecht zu reden, wie Sie es gegenwärtig tun, nur um Machtausgleich zu betreiben.“ (Schröder in der Haushaltsdebatte)

2. Der Demokratische Rechtsstaat: Grundgesetz:

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.“ (Präambel des Grundgesetzes)

Art. 1: (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Art. 2: (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt. (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Art. 3: (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Art. 5: (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. (2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

Art. 14: (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt. (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 87a)/ 91 inner Notstand 4) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung, wenn die Voraussetzungen des Artikels 91 Abs. 2 vorliegen und die Polizeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen. Der Einsatz von Streitkräften ist einzustellen, wenn der Bundestag oder der Bundesrat es verlangen.

3. Demokraten und Wahlen

(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. (Artikel 38)

„Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben einen Wechsel in der Landesregierung herbeigeführt. Gestützt darauf wird, öffentlich wie nicht öffentlich, die Unterstützung der Politik, für die ich stehe, bestritten. Da ist es doch nur konsequent, zu sagen: Ich stelle mich denen, um die es wirklich geht, nämlich dem Souverän ... Wir wollen jetzt wissen, ob die Menschen bereit sind, unsere Politik auch weiterhin zu unterstützen ... klar ist, dass unsere Politik fortgesetzt wird.“ (Schröder in der Die Zeit, 25.5.05)

"Jetzt sagt keiner mehr: Sie kann es nicht. Das Ergebnis der Landtagswahl ist noch nicht offiziell, da hat das CDU-Orchester bereits die Musik drauf: ‚Das Signal von heute heißt: Angela Merkel ist die Kanzlerkandidatin der Union. Das ist doch klar.‘ Klar? Ausgerechnet Hessens Ministerpräsident Roland Koch, mit Merkel in heftigster Rivalität verbissen, posaunte es am vergangenen Sonntag als Erster laut heraus. Und auch Kochs Kollege und Kontrahent für künftige Spitzenjobs auf Bundesebene, Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff, erkennt ganz schnell an, dass allein Merkel die Union im Wahlkampf 2005 dirigieren wird. War das was? Klar. So und nicht anders funktioniert er, der Dynamo der Macht. Er generiert Anpassung, vulgo: Opportunismus. Beide CDU-Spitzenpolitiker galten neben dem längst als Spitzenkandidat ausgemusterten Edmund Stoiber als Erfolg versprechendste Konkurrenten Merkels. Doch die Dirigentin wurde am Sonntagabend regelrecht nobilitiert und zur absoluten Maestra gekürt. Nichts symbolisiert den triumphalen Durchmarsch der Angela Merkel in ihrer Partei so sehr wie dieser Ausweis neuer Unterwürfigkeit. Es war keine Frage der Ehre. Es war eine Frage der Macht." (Handelsblatt, 30.5.)

„Die Entscheidung für Neuwahlen ist zuallererst ein ebenso unerwarteter wie chancenreicher Dienst an der Bundesrepublik Deutschland. Deutschland hätte eine elende Phase des Gezerres und der Agonie vor sich gehabt, bis zur Bundestagswahl im September nächsten Jahres, also eine halbe Ewigkeit lang.“ (Die Zeit, 25.5.)

„Die Bezeichnung des Parlaments als »Quatschbude« war einmal eine faschistische Kampfansage gegen die aufgeklärte Demokratie. Heute ist sie eine deprimierende Sachfeststellung.“ (Die Zeit)

„Vertrauen in Deutschland“ (SPD) - „Gemeinsam für Deutschland“ (CDU) – „Besser für unser Land“ (FDP)

„Das Schielen der Parteien auf die nächsten Wahlgänge sorgt dafür, dass die notwendigen Reformen für den Standort Deutschland vernachlässigt werden.“ (SZ)

„Das Bild der großen Koalition ist derzeit nicht gerade von einem einheitlichen Willen geprägt. (...) Bundeskanzlerin Merkel lässt es an den notwendigen Führungsqualitäten missen (...) Was Deutschland jetzt braucht ist eine starke Hand...(SPIEGEL)

4. Demokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik

„Es geht darum, die Kräfte, die in unserem Land stecken, zu bündeln. Wenn man im Ausland ist, weiß man, wie viele andere Länder auf das, was wir geschafft haben, ganz aufmerksam, zum Teil auch ein bisschen neidisch schauen. Das sage ich nicht, weil ich über die Probleme hinwegreden will. Ich will einfach nur sagen: Wir brauchen, und zwar genau im Sinne Ihres Mottos, eine nationale gemeinsame Kraftanstrengung. Eine Kraftanstrengung, die die Kräfte freisetzt, die etwas für das Wohl unseres Landes tun können. Das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genauso wie die Entwickler und Ingenieure, die Selbstständigen, die Unternehmer. Und das alles in sozialer Verantwortung. Wenn wir es schaffen, die Balance zu finden, das zu bewahren, was sich bewährt hat, und das zu verändern, was wir zum Wohle der Menschen in unserem Lande verändern müssen, dann bin ich sicher, dass das Modell der Sozialen Marktwirtschaft in einer neuen Realität unsere Chance ist, nicht nur die Menschen in unserem Land zu überzeugen, sondern auch andere auf dieser Welt.“ (Merkel beim DGB-Kongreß)

„Deutschland muss wieder an die Spitze der Weltwirtschaft; schon allein, um seiner weltpolitischen Verantwortung gerecht werden zu können!“ (Schröder, Merkel & Co)

„Ich weiß, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern mit unseren Entscheidungen sehr viel zumuten. Aber wenn es immer heißt, wir müssen sparen, sage ich auch: Im Sparen sind weitere Maßnahmen enthalten, zum Beispiel der Abbau von Subventionen. Das heißt auch - das braucht man nicht schönzureden -: Sparen tut weh; denn Sparen spielt sich nicht im luftleeren Raum ab. Wir haben uns das nicht einfach gemacht. Aber, meine Damen und Herren, an einem führt kein Weg vorbei: Wir müssen unsere Haushalte sanieren. Wenn die Würde des Menschen unser Maßstab ist, ist auch die Würde derer, die heute jung sind oder die noch gar nicht geboren sind, unser Maßstab. Wir haben kein Recht dazu - das ist mit unserer Werteordnung nicht vereinbar -, durch Verschuldung heute die Lebenschancen von zukünftigen Generationen zu schmälern. Auch dieser Verantwortung muss sich die Bundesregierung stellen - und das tut sie.“ (Merkel beim DGB-Kongreß)

„Denn Arbeit heißt, wie wir alle wissen, mehr als Einkommen und Geld; Arbeit bedeutet vielmehr Würde und Selbstachtung für die betroffenen Menschen.“ (Bundeskanzlerin Merkel)

“Wenn ein Arbeitnehmer in seiner Heimat keinen Arbeitsplatz finden kann, der seinen Ansprüchen gerecht wird, dann muss er sich selbst entscheiden: entweder dorthin ziehen, wo er Chancen sieht, seine beruflichen Ziele zu verwirklichen, oder bewusst dem Leben in der unmittelbaren Heimat den Vorzug geben.”(Bundespräsident Köhler)

“Wir sehen uns weltweit rasant schnellen Veränderungsprozessen ausgesetzt. Die Frage, die wir uns in Europa, in Deutschland stellen müssen, ist die, ob wir Schritt halten wollen oder ob wir glauben, wir könnten uns dagegen stellen... Wir sind weitergekommen, ... Deutschlands Platz in der Welt und damit in Europa neu zu definieren. Ich denke, es kann ruhig deutlich werden, dass das ein erfolgreicher Weg gewesen ist. Wir müssen jetzt erklären, dass dies natürlich innenpolitische Konsequenzen hat... Die eingeleiteten Strukturreformen sind die Fortsetzung dessen, was in Europa im Äußeren geschaffen worden ist. Diese Veränderungen müssen jetzt im Inneren fortgesetzt werden, sonst bleiben die außenpolitischen Erfolge Halbheiten.”(Schröder)

“Dass die mit Einschnitten und Belastungen verbundenen Reformen in der breiten Bevölkerung nicht positiv gewürdigt werden, ist nicht nur ein Vermittlungsproblem. Es liegt auch daran, dass sich die Menschen mit den notwendigen Veränderungen noch nicht abgefunden haben.” (ebenda)

“Wir müssen die sozialen Sicherungssysteme in allen Bereichen verändern, um Ressourcen frei zu bekommen für die Zukunftsaufgaben Bildung, Betreuung von Kindern, Forschung und Entwicklung. Das sind die Aufgaben, die vor uns stehen. Dafür müssen wir die gegenwärtigen und zu einem guten Teil auch die zukünftigen Mittel mobilisieren ... Wir müssen die sozialen Sicherungssysteme verändern, um sie erhalten zu können, aber auch um Ressourcen für Zukunftsinvestitionen frei zu bekommen.” (ebenda)

„So positiv die Idee und noch mehr der Begriff der Demokratie belegt ist, so schwer tut sich das Land mit dem Staat. Mancher putzt sich gerne die Füße an ihm ab und macht ihn zum Synonym für eine Krake und für Bonzen, für Bürokratie und für Unfähigkeit ... Sie fordern den schlanken Staat und wären doch nicht böse, wenn er verhungerte. Ja sie legen es darauf an ... Der Sozialstaat ist nicht entbehrlich ... Wir wissen, dass es ein Spannungsverhältnis zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Politik einerseits und den ungehemmten Regeln des Marktes andererseits gibt. Diese Spannung gilt es auszuhalten und produktiv zu nutzen. Deswegen wollen wir soziale Marktwirtschaft und nicht Marktwirtschaft pur ... Unsere Kritik gilt der international wachsenden Macht des Kapitals und der totalen Ökonomisierung eines kurzatmigen Profit-Handelns. Denn dadurch geraten einzelne Menschen und die Zukunftsfähigkeit ganzer Unternehmen und Regionen aus dem Blick. Und die Handlungsfähigkeit des Staates wird rücksichtslos reduziert. Im Ergebnis wird damit die Reputation des Staates bei seinen BürgerInnen dramatisch belastet, weil er nicht mehr in der Lage ist, die von ihm erwartete Interessenwahrung hinreichend zu leisten“ (Müntefering-Rede vom 13.04.2005).

“Wer den Standort schlecht redet, anstatt die Probleme hier zu lösen, handelt unanständig und verantwortungslos. Wer ins Ausland geht, ist kein Patriot“ (Schröder)

“Vaterlandslos sind Arbeitnehmer, die nicht bereit sind, längere Arbeitszeiten zu akzeptieren und starre Tarifregelungen aufzulösen – und dann japanische Autos kaufen.” (Wirtschaftsminister Glos)

5. Demokraten und Gewerkschaften

„In der Frage der betrieblichen Bündnisse - jeder weiß, dass wir darüber im Wahlkampf sehr unterschiedlicher Meinung waren und es auch weiter sind; das gehört zur Wahrheit dazu - müssen wir weiterhin schauen, wie wir im Rahmen der **Tarifautonomie** - ich betone ausdrücklich, dass niemand in dieser Koalition die Tarifautonomie infrage stellt - ein höheres Maß an Flexibilität erreichen. Ich will ausdrücklich sagen: Es geschieht einiges bei den Gewerkschaften. Unser ganzes Tun sollte darauf gerichtet sein, Gewerkschaften zu ermuntern, da, wo das heute noch nicht geschieht, weiterzugehen und mehr Flexibilität zu schaffen. Die Erfahrungen von denen, die das getan haben, sind positiv. Genau dieser Weg muss von uns weiter gegangen werden oder es müssen zunächst Gespräche darüber geführt werden.“ (Merkel, Regierungserklärung)

„Ich will starke Gewerkschaften. Ich will einen starken DGB. Aber: Für den DGB gilt wie für jeden Verein, für jede Gruppe, für jede Partei, für jede Vereinigung, dass wir uns immer wieder fragen müssen - das ist es, was uns gemeinsam umtreiben muss -, ob die Antworten, die wir in der Vergangenheit im Übrigen sehr erfolgreich gegeben haben, heute noch gültig sind oder ob wir sie überprüfen müssen. Meine Antwort in einer Welt, die sich verändert, heißt ganz eindeutig: Wir brauchen Veränderungen; wir müssen die Dinge auf den Prüfstand stellen. Ich sage Ihnen voraus: Wenn wir uns vor dieser kritischen Überprüfung drücken, werden wir vielleicht noch kurzfristig Erfolg haben, aber langfristig nach meiner festen Überzeugung nicht mehr. Wer sich nicht den richtigen Fragen stellt, wird zum Schluss selbst infrage gestellt. Das ist das, was wir miteinander besprechen müssen. Wir dürfen uns nicht in die Taschen lügen, sondern wir müssen nach Wegen der Veränderung suchen.“(Merkel beim DGB-Kongreß)

6. Demokratische Ausländerpolitik

„Multikulti ist gescheitert“ (CDU/CSU/SPD/FDP/Grüne)

„Wir sind ein tolerantes, wir sind ein weltoffenes Land. Deutschland ist zugleich ein Land, das seine Traditionen und seine Kultur pflegt. Das eine kann es ohne das andere nicht geben; denn Heimat gibt gerade in Zeiten des sehr schnellen Wandels, in denen wir leben, den Halt, den die Menschen brauchen, jedem Einzelnen und unserem Land als Ganzem. Deshalb haben wir nicht ohne Grund

unserem Koalitionsvertrag den Titel "Gemeinsam für Deutschland" gegeben. Parallelgesellschaften, in denen die grundlegenden Werte des Zusammenlebens in unserem Land nicht geachtet werden, passen nicht in dieses Denken.“ (Merkel, Regierungserklärung)

„Ich bin der Überzeugung, dass Integration nur gelingen kann, wenn ausländische Kinder konsequent dazu gebracht werden und auch die Möglichkeit haben, Deutsch zu lernen. Wir werden deshalb gerade in den Schulen das Erlernen der deutschen Sprache fördern. Besser gesagt, wir werden die Länder in ihrem Bemühen unterstützen, dass Kinder nur dann in die Schule kommen dürfen, wenn sie der deutschen Sprache mächtig sind. Ansonsten haben sie vom ersten Schultag an nicht die Chancen, die wir ihnen geben müssen, um auch ihnen ein gutes Leben in unserem Land zu ermöglichen.“ (ebenda)

„Der Gesetzentwurf sieht die dringend notwendige Modernisierung des deutschen Ausländerrechts vor. Zum einen strafft und beschleunigt er die Asylverfahren, verhindert Asylmissbrauch und dämmt den Zustrom illegaler Einwanderer ein. Zum anderen entspricht er den wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Bedürfnissen unseres Landes. Derzeit können Arbeitsplätze für Hochqualifizierte vielfach auf dem inländischen Arbeitsmarkt nicht besetzt werden. Dies schadet der deutschen Wirtschaft und hemmt die Arbeitsmarktentwicklung. Wir dürfen nicht länger untätig zusehen, wenn vorhandene Ressourcen ungenutzt bleiben. Mit jeder Stellenvermittlung von Hochqualifizierten werden zwei bis drei neue Arbeitsplätze geschaffen. Allein durch die Einführung der Green Card hat die Bundesregierung rund 35.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Wer Arbeitslosigkeit wirklich abbauen will, darf sich diese Chance nicht entgehen lassen, darin sind sich Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften längst einig. Die Bundesregierung gibt dabei den Beschäftigungschancen für deutsche Arbeitnehmer eindeutig Priorität. Das Vorrangprinzip bleibt unangetastet. Das Zuwanderungsgesetz enthält eine Neuregelung des gesamten Ausländerrechts. Es bezweckt insbesondere eine Gesamtsteuerung und -begrenzung der Zuwanderung, die Beschleunigung der Asylverfahren, die Begrenzung des Aussiedlerzuzugs, die Anpassung an die aktuelle Entwicklung des Völker- und Europarechts, die Flexibilisierung des Verfahrens zur Arbeitsmigration sowie günstigere Regelungen für Unionsbürger und hochqualifizierte Ausländer. Ferner schafft es erstmals Ansprüche und Verpflichtungen zur Teilnahme an Integrationskursen.“ (Ex-Bundesinnen-Minister Schily)

„Mehr denn je stehen wir vor der Aufgabe, einen Kampf um die Kultur zu führen. [...] Dabei dürfen die vielen Muslime, die bei uns leben und leben wollen, eben nicht teilnahmslos beiseite stehen. Sie müssen sich klar und unmissverständlich zu unserer Rechtsordnung und unseren demokratischen Spielregeln bekennen. Nicht ohne Grund bezeichnen wir die Werte der Demokratie und der Aufklärung als universelle Werte. Davon werden wir auch nicht abgehen. Werte, die auch diejenigen akzeptieren und verinnerlichen müssen, die aus einer anderen Kultur stammen.“ (Schröder)

7. Demokratische Außenpolitik

- Globalisierung

„Der Bundespräsident hat einen wichtigen und richtigen Satz gesagt: Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, müssen wir so viel besser sein, wie wir teurer sind. Viele, die wissen, dass Teile ihrer Betriebe in anderen Ländern sind, kennen diese Erfahrung aus eigenem Erleben. Genau deshalb hat die Bundesregierung gesagt: Wir investieren in Forschung und Entwicklung. Genau deshalb habe ich das Thema in China angesprochen. Denn wenn das geistige Eigentum nicht geschützt wird, haben wir überhaupt keine Chance, aus dem, worin wir besser sind, den notwendigen Fortschritt für unsere Gesellschaft zu erzielen. Darum müssen wir in einer globalen Welt kämpfen. Dafür gibt es keine Toleranz, sondern das muss durchgesetzt werden. Wir werden das nächste Jahr in der G8-Präsidentschaft noch einmal ganz intensiv diskutieren.“ (Merkel beim DGB)

- EU

„Wir müssen die Globalisierung politisch gestalten. Die asymmetrischen Konflikte zu beherrschen und nach Möglichkeit zu lösen, das geht nur, wenn man in kontinentalen Größenordnungen handeln kann. Russland, China, Indien und natürlich die Vereinigten Staaten – die haben die notwendige Größe. Für uns Europäer stellt sich die Frage, ob wir eng genug zusammenwachsen können, um unser Gewicht geltend zu machen. In diesem Lichte muss man auch die Türkei-Diskussion sehen.“ (Fischer)

„Das meine ich mit der strategischen Dimension. Weißrußland, Moldova, der Balkan, die Türkei - mit all diesen Fragen hat die europäische Politik zu tun. Dort wird auch über unsere Sicherheit, Frieden und Stabilität für uns mitentschieden. Wir haben jetzt die neue Nachbarschaftspolitik als Instrument entwickelt. Denken Sie an das Verhältnis zum Maghreb. Noch wichtiger ist die Frage, ob das Mittelmeer ein Meer der Kooperation oder der Konfrontation wird. Das ist für uns die Sicherheitsfrage im 21. Jahrhundert, völlig anders in der Substanz, aber was das Gewicht angeht, doch fast vergleichbar mit der Bedrohung aus dem Kalten Krieg. Wir entkommen dieser strategischen Dimension der europäischen Verantwortung nicht. Es mag sein, daß sie uns temporär sehr viel abverlangt. Aber ich glaube daran, daß diese Herausforderung letztlich in der Auflösung solcher Krisen endet.“ (ebenda)

- USA/NATO

„Deutschland sieht sich heute im europäischen Verbund als mitverantwortlich für internationale Stabilität und Ordnung. Und wir Deutschen bezeugen diese Verantwortung durch aktives Engagement in zahlreichen Krisenregionen der Welt. Gegenwärtig sind rund 7.000 deutsche Soldaten im Ausland eingesetzt. Aber aus der Mitverantwortung folgt auch Mitsprache. Unser Wunsch, Deutschland als Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Uno zu sehen, entspringt diesem auf Legitimation abzielenden Zusammenhang. Ich meine, dass die transatlantische Partnerschaft solchen Veränderungen Rechnung tragen muss. Und wenn wir es ehrlich betrachten: Bisher tut sie das nur unvollkommen.“ (Bundeskanzler Schröder Sicherheitskonferenz 2004)

„Rückhaltlose Aufklärung der Verantwortlichkeiten und Bestrafung der Schuldigen“. "Die Vereinigten Staaten müssen alles tun, um nach diesen Vorfällen ihre moralische Führungsrolle in der Welt wiederherzustellen." (Fischer in der FAZ, 13.5.)

Bundeswehreinätze: Afghanistan, Irak, Kongo

„Deutschland wird am Hindukusch verteidigt!“ (Ex-Verteidigungsminister Struck)

„Meine Damen und Herren, heute sind uns Demokratie und Freiheit, Rechtsstaat und politische Mitverantwortung in unserem Land geradezu selbstverständlich. Dafür können wir uns glücklich schätzen. Doch wenn Erfolge allzu selbstverständlich erscheinen, dann besteht immer auch die Gefahr, dass sie kaum mehr geschätzt werden. Gerade deshalb sollten wir uns eines immer wieder vor Augen führen: Demokratische Werte sind ebenso hohe wie verletzbare Güter. Sie gilt es deshalb zu bewahren und zu verteidigen. Dabei müssen wir auch gleichsam über den Tellerrand unseres eigenen Landes hinausschauen. Denn in vielen Regionen der Welt sind Freiheits- und Menschenrechte nicht geachtet. Sie sind gefährdet oder sie existieren nicht. Wo aber Menschen diese fundamentalen Rechte vorenthalten werden, herrschen politische und gesellschaftliche Instabilität, Armut und Unterentwicklung. Das kann und darf uns nicht unberührt lassen - erst recht nicht in einer immer enger zusammenwachsenden Welt. Denn es können in solchen Ländern krisenhafte Entwicklungen stattfinden, die auch für Deutschland und Europa Risiken und Bedrohungen mit sich bringen können. Darauf muss sich unsere Außen- und Sicherheitspolitik einstellen. Die Bundesregierung fördert deshalb zusammen mit Verbündeten und Partnern Frieden und Stabilität in der Welt. Denn nur so bewahren wir nachhaltig Frieden und Stabilität auch für unser eigenes Land. Nicht zuletzt die Bundeswehr hat hierbei in den vergangenen fünf Jahrzehnten Unverzichtbares geleistet. Freiheit geht immer einher mit der Bereitschaft, auch Verantwortung zu ihrer Verteidigung zu übernehmen. Verantwortung übernehmen wir nicht nur im Interesse der Menschen in oft fernen Weltgegenden. Es geht auch um wohl verstandenes Eigeninteresse, wenn wir Konflikte auf Distanz halten, wenn wir uns an der Bekämpfung von Konfliktursachen im Ursprungsland beteiligen, wenn wir friedliche und demokratische Entwicklungen vor Ort unterstützen. All dies kennzeichnet eine solche Politik im deutschen Interesse - notfalls auch mit dem Einsatz militärischer Mittel. Derzeit sind etwa 7.000 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz: Auf dem Balkan, in Afghanistan, am Horn von Afrika und bald auch in der Demokratischen Republik Kongo. Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten einen für unser Land wertvollen und international hoch geschätzten Beitrag. Sie helfen Frieden und Stabilität zu fördern. Sie unterstützen schwache Staaten beim Aufbau demokratischer Institutionen, und sie helfen den Terror zu bekämpfen. Denn der Terror ist eine reale Gefahr für viele Menschen auf der Welt.“ (Bundeskanzlerin Merkel bei Gelöbnisfeier).

- Naher Osten

„...Seit dem Ende des Ost/West-Gegensatzes haben sich die Verhältnisse in der Welt grundlegend verändert und wir uns mit ihnen. Europa entwickelt sich von einem Flickenteppich heterogener nationaler Interessen zu einer – ich glaube – gemeinsam handlungsfähigen Kraft. Das versetzt uns – mit uns meine ich Europa – in die Lage, jetzt auch im Nahen Osten mitzuhelfen, Frieden zu schaffen und zu sichern. Europa wird künftig – davon bin ich überzeugt – ein Faktor für Frieden, auch im Nahen Osten. ... Es besteht kein Zweifel: Mit diesem Einsatz, für den wir hier im Parlament hoffentlich eine breite Mehrheit bekommen, betreten wir politisches Neuland. Aber ich sage: Auch dieser Einsatz steht in der guten Tradition deutscher Außenpolitik. Immer dann, wenn der Bundestag einen solchen Einsatz zugelassen hat, haben wir dies getan, um Frieden zu schaffen, um Friedensverträge zu sichern oder um Flucht und Vertreibung zu verhindern. Diesen ehernen Grundsatz gebe ich all denjenigen zu bedenken, die sich Kriterienkataloge erhoffen. Dieser ehernen Grundsatz gilt auch für diesen Einsatz und für alle Zukunft... Wir wollen uns mit bis zu 2 400 Soldaten an der internationalen Mission der Vereinten Nationen im Libanon beteiligen. Die Hauptaufgabe dieser internationalen Mission wird darin bestehen, Waffenschmuggel seeseitig an der Grenze zum Libanon zu verhindern. Es handelt sich, wie Sie wissen, um ein robustes Mandat. Die Soldaten der Bundeswehr werden das Recht haben, den Seeverkehr vor der Küste des Libanon zu kontrollieren, verdächtige Schiffe umzuleiten, sie zu betreten und zu durchsuchen. Das steht eindeutig in den Einsatzregeln der Vereinten Nationen. Die libanesischen Regierung hat diese Einsatzregeln akzeptiert. Die gesamte maritime Taskforce unter Beteiligung anderer europäischer Einsatzkräfte wird unter der Führung der deutschen Bundesmarine stehen. Wenn wir über Militär reden – darüber ist heute zu entscheiden –, dann muss uns bewusst sein, dass wir uns nicht darauf beschränken dürfen. Deutschland will sich darüber hinaus engagieren. Der Libanon muss seine Souveränität nach außen und innen schützen. Er braucht deshalb – ich sagte es am Anfang – eine starke, eine handlungsfähige Regierung. Um dies zu ermöglichen, schicken wir nicht nur Soldaten, sondern auch Grenzschilder und Zollbeamte in die Region, die der libanesischen Regierung bei der Sicherung der Grenzen und bei der Sicherung des Beiruter Flughafens helfen und verhindern sollen, dass dort Missbrauch getrieben bzw. weiterhin Waffen eingeführt werden, die in die Hände derjenigen gelangen, in deren Hände sie nicht kommen sollen. Wir beteiligen uns auch auf bilateralem Wege mit bisher mehr als 27 Millionen Euro an Maßnahmen zur humanitären Hilfe und am Wiederaufbau des Landes. Europäische Mittel, zu denen auch Deutschland einen Beitrag leistet, kommen hinzu. Was ist der Sinn dieser Sache? Ich finde, die Menschen im Libanon sollten spüren, dass es für sie und ihre Familien in der nächsten Zeit wieder vorangeht. Das sollten wir ihnen zeigen, damit keine anderen Flaggen über den wieder aufgebauten Brücken wehen, sondern möglichst europäische.“ (Außenminister Steinmeier im Bundestag zum Einsatz der Bundeswehr im Libanon)

„Das Existenzrecht Israels ist Staatsräson Deutschlands.“ (Bundeskanzlerin Merkel)

„Meine Damen und Herren, wir werden uns mit Kräften für Frieden und Stabilität im **Nahen Osten** einsetzen. Wir schauen natürlich mit besonderer Sorge in diesen Tagen auf den Irak, aber genauso auf die Entwicklung im Iran. Trotz der Rückschläge in letzter Zeit wird sich die Bundesregierung weiter im Drei-plus-Eins-Prozess engagieren. Dieser Prozess muss fortgeführt werden. Ich sehe zu ihm keine Alternative. Aber ich kann den Iran nur davor warnen, sich der Kooperation mit der internationalen Staatengemeinschaft und der IAEO zu entziehen. Was gegenüber Israel seitens des Iran gesagt wurde, ist in jeder Hinsicht absolut inakzeptabel. Der Iran muss wissen, dass wir das nicht hinnehmen.“ (Merkel – Regierungserklärung)

„Meine Damen und Herren, das Existenzrecht Israels darf niemals in Frage gestellt werden. Deshalb ist es für jede deutsche Bundesregierung auch unerträglich und nicht hinnehmbar, wenn der iranische Staatspräsident genau dieses Existenzrecht Israels in Frage stellt. Während meines ersten Besuchs als Bundeskanzlerin in Israel im Januar habe ich die Gedenkstätte Yad Vashem besucht. Wer die Eindrücke dieses Ortes an sich heranlässt, der verneigt sich in Scham vor den Opfern der Shoah, und der weiß um die Verantwortung, die für die Zukunft daraus erwächst. Umso beeindruckender ist, mit welcher Offenheit und Freundschaft, aber auch mit welchen großen Erwartungen die Menschen in Israel Deutschland gegenüberstehen. Das erfüllt mich mit großer Freude. Aber es ist zugleich auch eine enorme Verantwortung. Ich möchte Ihnen sagen: Mein Land, Deutschland, wird alles daran setzen, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Das vordringliche Ziel unserer Politik im Nahen Osten ist deshalb ein gerechter und dauerhafter Frieden. Die Israelis haben mit ihrer Wahlentscheidung im März gezeigt, dass sie einen Kurs des Ausgleichs und des Friedens wünschen. Der berechtigte Wunsch des palästinensischen Volkes, in einem eigenen Staat zu leben, kann aber nur in Frieden mit Israel Wirklichkeit werden. Deshalb bedaure ich es sehr, dass die von der Hamas geführte palästinensische Regierung sich weiterhin nicht dazu bekennt, diesen Weg gemeinsam mit Israel und der internationalen Gemeinschaft zu beschreiten. Unabdingbare Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden sind die unmissverständliche Anerkennung des Existenzrechts Israels, ein Gewaltverzicht und die Einhaltung aller bisherigen getroffenen Vereinbarungen. Die Entscheidung liegt bei der Hamas, die die Konsequenzen ihrer Politik letztlich gegenüber dem palästinensischen Volk verantworten muss.“ (Merkel in Washington)

„Wir haben natürlich über die bedrückende Situation im Nahen Osten gesprochen. Wir sind der Auffassung, dass hier alles unternommen werden muss, um wieder zu friedlichen Aktionen zurückzukehren. Es muss noch einmal daran erinnert werden, wie die Eskalation des Konfliktes begonnen hat, nämlich durch die Entführung eines Soldaten und auch durch den Beschuss von Israel durch Raketen. Wir können nur alle auffordern - ich tue das jedenfalls -, diese Gewalt einzustellen, endlich die Soldaten frei zu lassen und den Raketenbeschuss auf Israel einzustellen. Wir werden alles daran setzen, vor allen Dingen auf die Mächte in der Region einzuwirken, dass hier wieder eine Deeskalation stattfindet und dass vor allen Dingen die Ursachen dieses Konflikts beseitigt werden. Denn nur dann kann überhaupt wieder ein Verhandlungsprozess in Gang kommen. Wir haben natürlich ein großes Interesse daran, dass die libanesischen Regierung gestärkt wird und ihre Arbeit vernünftig durchführen kann.“ (Merkel-Presskonferenz)

Jun 2006: Verkauf von 150 [Dingo 2](#) an [Israel](#). - Nov 2005: Lieferung von zwei [Dolphin-U-Boote](#) nach [Israel](#). • Okt 2004: Export von [U-Booten](#) nach Israel. - Jun 2000: 1.200 [Panzerfäuste](#) an [Saudi-Arabien](#). - Feb 1991: Lieferung von 36 deutschen Fuchs-Spürpanzern an Saudi-Arabien. (Bericht des Bundessicherheitsrates)

Wirtschaftsbeziehungen mit Israel:

Deutschland ist nach den USA mit einem Volumen von 3,7 Mrd. EURO zweitwichtigster Außenhandelspartner Israels, auch wenn diese Position zunehmend angefochten wird. Bei den deutschen Lieferungen dominieren Maschinen und Fahrzeuge sowie chemische Erzeugnisse. Bescheidenen Umfang haben bisher deutsche Investitionen und deutsch-israelische Gemeinschaftsunternehmen. Einen Anfang hat VW mit Dead-Sea-Works zur Magnesium-Gewinnung gemacht. Weitere Direktinvestoren sind u.a. Siemens, SAP, und Henkel. Einige deutsche Unternehmen haben darüber hinaus Vertriebsniederlassungen in Israel, ihre Anzahl wächst moderat. Im September 2005 wurde ein „Deutsch-Israelisches Wirtschafts-Forum“ durch die Wirtschaftsverbände aus beiden Ländern ins Leben gerufen, das die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen weiter beleben soll. (Quelle: Auswärtiges Amt)

Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit den Palästinensischen Gebieten

Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl erhalten die Palästinensischen Gebiete unter allen Partnern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit die größte Unterstützung. Seit 1994 erhielten die Palästinensischen Gebiete Zusagen über 402 Millionen Euro für [Finanzielle](#) und etwa 111 Millionen Euro für [Technische Zusammenarbeit](#). Bei den letzten Regierungsverhandlungen im Mai 2005 wurden 46 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre zugesagt. Die deutsche Zusammenarbeit konzentriert sich auf drei Schwerpunktbereiche, die mit der palästinensischen Seite vereinbart wurden:

- **Wasser, Abwasser, Abfallentsorgung:** Wasser ist knapp in der Region und Gegenstand von Verteilungskonflikten um die Ressource. Schwerpunkt der Zusammenarbeit ist daher, die Kapazitäten und die Effizienz von Anlagen zu verbessern. Da vor allem im dicht besiedelten Gaza-Streifen ein enger Zusammenhang zwischen der Qualität des Grundwassers und der Abfallentsorgung besteht, wurde die Abfallwirtschaft an ausgewählten Standorten in diesen Schwerpunkt integriert.

- **Wirtschaftsreform und Beschäftigung:** Die Entwicklung eines leistungsfähigen privaten Wirtschaftssektors ist eine Grundvoraussetzung für ein verbessertes Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert diesen Sektor auf verschiedenen Ebenen: Auf staatlicher Ebene durch Verbesserung der Infrastruktur. Ein Zukunftsprojekt ist der "Industriepark Jenin", der israelische und palästinensische Unternehmen und Behörden zusammenbringen soll, um die regionale Wirtschaft zu fördern. Die aktuelle politische Situation lässt die Umsetzung jedoch zurzeit nicht zu. Daneben werden auf der Verbandsebene Organisationen beraten, Unternehmensgründer unterstützt und das berufliche Ausbildungssystem verbessert. Gleichzeitig unterstützt Deutschland Beschäftigungsförderungsprogramme, wie zum Beispiel den Bau von Schulen im Gazastreifen und in der Westbank.

- **Förderung von Institutionen:** In den Palästinensischen Gebieten sollen die Institutionen effizienter, bürgernah und demokratischer werden. Es werden vor allem die Kommunen unterstützt. Sie werden in Fragen der Finanzverwaltung, der kommunalen Dienstleistungen und der Bürgerbeteiligung beraten. Auch Nichtregierungsorganisationen werden mit dem Ziel unterstützt, die [Zivilgesellschaft](#) in den palästinensischen Gebieten zu stärken. (Quelle BMZ)

Wirtschaftsbeziehungen mit Iran:

„Seit einigen Jahren setzt sich der Aufwärtstrend in den deutsch-iranischen Handelsbeziehungen fort. Schon heute ist Iran für deutsche Unternehmen einer der bedeutendsten Märkte im gesamten Nahen und Mittleren Osten. Von Januar bis November 2005

exportierte Deutschland Waren im Wert von über 4 Mrd. EUR nach Iran; das Volumen hat sich seit 2000 mehr als verdoppelt. Wichtigste Exportgüter waren -wie schon in den Vorjahren- Maschinen, Anlagen, und Kfz-Teile und -Komponenten, Eisen- und Metallerzeugnisse sowie chemische Erzeugnisse. Auch die iranischen Lieferungen nach Deutschland stiegen von Januar bis November 2005 um 20,4% gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum im Vorjahr. Wichtigste iranische Exportgüter nach Deutschland waren landwirtschaftliche und traditionelle Güter (Teppiche, Früchte, Pistazien) und zunehmend Industrieprodukte (Kfz-Teile, Stahl, petrochemische Produkte) sowie Rohöl. Auch die rechtliche Investitionsbasis in Iran ist durch ein Investitionsgesetz und ein bilaterales Investitionsförder- und Schutzabkommen gelegt.“ (Auswärtiges Amt)

8. Vergangheitsbewältigung

„Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) hat den Widerstand von Offizieren gegen Adolf Hitler als Vermächtnis für die Bundeswehr bezeichnet. Die Bundeswehr stelle sich bewusst in die Tradition des militärischen Widerstandes um Claus Graf Schenk von Stauffenberg, sagte Jung am Donnerstagabend bei der traditionellen Gelöbnisfeier am Jahrestag des missglückten Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944. Die Hinrichtung der vier Offiziere sei Mahnung an das Land, Frieden und Freiheit zu bewahren. Das Eintreten für Freiheit und Recht, auch unter Einsatz des eigenen Lebens, das ist das eigentliche Vermächtnis der Männer und Frauen des 20. Juli.“

„Vor der Auflehnung gegen den Diktator sei Hitlers Krieg "zeitweise auch 'ihr' Krieg gewesen", sagte der Kanzler vor Angehörigen der Widerständler und Zeitzeugen von damals. Es habe unter den Verschwörern überzeugte Nationalsozialisten gegeben, die erst unter dem Eindruck entsetzlicher Verbrechen erkannt hätten, auf welch schrecklichen Irrweg Deutschland sich begeben hatte. Schröder sagte, die Tradition der Widerständler habe oberhalb des Staates und des Mannes an der Spitze einen Befehlshaber gekannt - das eigene Gewissen. Deshalb gehöre der 20. Juli 1944 zu einem der wichtigsten Tage der neueren deutschen Geschichte. Die Verschwörer seien Patrioten gewesen. Sie hätten "auch gezeigt, dass es nichts von 'Landesverrat' hat, wenn man versucht, das eigene Land und die Menschen insgesamt von einer barbarischen Diktatur zu befreien“.

„Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen ist eine historische Begründung des Pazifismus. Nie wieder Auschwitz ist die historische Mahnung, den Anfängen eines möglichen Völkermords zu wehren. Das ist für mich - ohne damit die Katastrophe im Kosovo mit Auschwitz im entferntesten gleichzusetzen - einer der Gründe für meine Haltung, daß ein Volk mit barbarischsten Mitteln vertrieben werden soll, daß es eine ethnische Kriegführung gibt, daß die kulturelle Identität ausgelöscht werden soll, das ist nicht hinzunehmen. Zum Völkermord fehlt dann nur noch ein kleiner Schritt.“ (Außenminister Fischer zum Jugoslawien-Krieg in „Die Zeit“)

9. Demokratische Kritik an Neo-Nazis

§ 130 Volksverhetzung

(1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

1. zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt – oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder 2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. Schriften (§ 11 Abs. 3), die zum Haß gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe aufstacheln, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordern oder die Menschenwürde anderer dadurch angreifen, daß Teile der Bevölkerung oder eine vorbezeichnete Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden, a. verbreitet, b. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder c. einer Person unter achtzehn Jahren anbietet, überläßt oder zugänglich macht oder d. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, einzuführen oder auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Buchstaben a bis c zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen, oder
2. eine Darbietung des in Nummer 1 bezeichneten Inhalts durch Rundfunk, Medien- oder Teledienste verbreitet

(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.

(4) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

„Rechtsextremismus bekämpfen! Rechtsstaat verteidigen! Der feige, rassistische Überfall von Potsdam auf einen farbigen Deutschen hat zu Recht die gesamte Republik erschüttert. Der Gewalt von rechts müssen wir Demokratinnen und Demokraten vehement entgegen treten. So etwas darf in unserem Land nicht geschehen. Leider ist der Übergriff in Potsdam kein Einzelfall. Beinahe täglich

fallen in Deutschland Menschen rassistisch oder antisemitisch motivierter Gewalt zum Opfer. Auch wenn die rechtsextremen Parteien bei den letzten Wahlen wenig erfolgreich waren, kann deshalb keinesfalls Entwarnung gegeben werden. Im letzten Jahr wurden 12.000 rechtsextreme Straftaten begangen – Tendenz steigend. Davon waren 800 Gewalttaten. Gleichzeitig gewinnen die Rechtsextremen an Zulauf. Rechte Parteien und Gruppen versuchen sich als normaler und bürgerlicher Teil unserer Gesellschaft darzustellen. Das können und dürfen wir nicht zulassen. Es ist daher richtig, dass die Bundesregierung sich weiterhin finanziell an der Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus beteiligt. Die Unionsparteien wollen diese Mittel nun kürzen. Wir werden das nicht zulassen. Denn die Gefahr für unsere Demokratie und das friedliche Zusammenleben kommt vom rechten Rand. Wo Menschen bedroht sind, die Meinungsfreiheit gefährdet wird, ein Klima des Hasses und der Intoleranz sich ausbreitet, da ist unser Einsatz besonders gefragt. Wir müssen daher die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus fortsetzen. Das bedeutet: Rassistische Übergriffe mit allen Möglichkeiten des Rechtsstaates konsequent verfolgen. Rechtsextremismus nirgends dulden: Weder in den Parlamenten, auf der Straße, im Verein noch am Stammtisch. Die Zivilgesellschaft im Engagement gegen Rechtsextremismus stärken. Ein gemeinsames Vorgehen aller demokratischen Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Vereinen gegen rechts. Die Programme für Demokratie und Toleranz in vollem Umfang weiterführen. Insbesondere die erfolgreiche Arbeit der mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und der Opferberatung fortführen.“ (SPD)

„Alois Glück sieht in diesen Entwicklungen eine Bestätigung des vorsichtig-abwägenden Kurses der Unionsparteien in der Ausländerpolitik und bei den gesetzlichen Regelungen für die Zuwanderung. Der Fraktionsvorsitzende griff in diesem Zusammenhang erneut den Begriff der Leitkultur auf. Diese Fragestellung gelte allerdings nicht nur für die Zuwanderung. 'Wir müssen uns ernsthaft die Frage stellen, was uns als Gesellschaft zusammen hält.' Die modernen Gesellschaften tendierten zur Desintegration. Der Verlust sozialer Bindungen, unterschiedliche Wertvorstellungen und die Dynamik der Veränderung führten zu Beunruhigungen, die auch die Besorgnis in der Bevölkerung über die Folgen der Zuwanderung verstärkten. Mit großer Sorge sieht Glück, dass in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, aber auch in den Kirchen als Reaktion auf die Vielfalt und die Unübersichtlichkeit der modernen Welt zunehmend Fundamentalismus spürbar werde und dass die Schwarz-Weiß-Prediger Zulauf bekämen. Dies könnte zu einer gefährlichen Polarisierung in der Gesellschaft führen. 'Jetzt ist Führung, die auch Orientierung in wichtigen Fragen unserer Zeit gibt, gefragt. Das heißt, keine Patentantworten auf komplexe Fragen, aber grundsätzliche Orientierungen und Maßstäbe für die Menschen und für die Gestaltung unseres Zusammenlebens. Das ist auch eine der Weggabelungen zur Bundestagswahl: pragmatisch-selbstgefällige Inszenierung der Politik oder grundsätzliche und ernsthafte Orientierung. Das ist die Alternative Schröder oder Stoiber.' (Oliver Platzer Pressesprecher der CSU-Landtagsfraktion)

„Verantwortlich für die Erfolge der NPD sind allein die Wähler. Niemand hat das Recht, aus Protest die Rechtsradikalen zu wählen.“ (Stoiber in der ARD-Tagesschau, 12.2.05)

„dass das Land Brandenburg unmittelbar vor der Fußballweltmeisterschaft ungerechtfertigt in ein schlechtes Licht gerückt wird. Brandenburg ist kein braunes Land. Ich muss mich wehren, wenn dieser Eindruck erweckt wird.“ (Brandenburgs Innenminister Schönbohm im Tagesspiegel, 25.4.)

„Die Rechtsradikalen-Wähler in Sachsen-Anhalt sind keine Gesinnungstäter. Bei den Wahlen, dem "Rummelplatz des kleinen Mannes" (Tucholsky), konnten sie hingegen endlich einmal ihrem aufgestauten Unmut Ausdruck verleihen. Ihr Rechtsruck ist ein Zeichen der Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen. Wohin auch sollten sie rücken, wenn sie den etablierten Parteien, die PDS im Osten ebenfalls schon längst dazugehörig, einen Denktzettel verpassen wollten? Ihr legales Verhalten ist mehr als nur eine politische Provokation. Es ist der unüberhörbare soziale Protest infolge einer lang anhaltenden Krisensituation. Regional ist die Arbeitslosigkeit auf 25-30 Prozent gestiegen. "Arbeitsmarktentlastende" Maßnahmen können nichts daran ändern, daß fast schon die Hälfte der ehemals Erwerbstätigen nicht mehr regelmäßig in Lohn und Brot ist. Ganze Landstriche veröden. Die Zahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, steigt enorm. Das Ausbildungsrisiko ist trotz sozialstaatlicher Gegensteuerung ebenfalls dramatisch angewachsen. Und von den Ausgebildeten wird einem immer größer werdenden Teil von Jugendlichen der Eintritt in den Arbeitsmarkt verwehrt. Kein Wunder, daß sich bei vielen Menschen in den neuen Bundesländern, besonders unter der Jugend, Hoffnungslosigkeit und eine kollektive Proteststimmung breitmachen.“ (hagalil.com)

„Weil die bürgerliche Mitte sich mit den sozialen Krisenopfern abgefunden hat und es an wirksamen linken Alternativen fehlt, vermag der Rechtspopulismus sich der massenhaft vorhandenen Sehnsucht nach einfachen Lösungen zu bedienen. Themen und Aufputz dieser schillernden Bewegung mögen althergebracht erscheinen oder auch von Fall zu Fall wechseln; ihr schnelles Ende zu erhoffen aber könnte sich als ein verhängnisvoller Irrtum erweisen.“ (ebenda)

„Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen - Kein Staatsschutz für Nazis! - Wenn es nach den Münchnerinnen und Münchnern ginge, dann hätten die Neonazis keinerlei Chance, ihre faschistischen Propagandamärsche in dieser Stadt durchzuführen.“ (Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus)

Seit Jahren gehen Tausende Demokraten und AntifaschistInnen auf die Straße, wenn die Nazis durch München ziehen wollen. Zweimal konnten diese Aufmärsche gestoppt werden: am 1. März 1997 und am 12. Oktober 2002. Die Regel ist jedoch, dass Tausende Polizisten zum Schutz der Nazis aufgeboden werden, ihnen mit Gewalt die Straße freiräumen und Jagd vor allem auf die jugendlichen AntifaschistInnen machen. In diesem Jahr machen sich wegen der gerade stattfindenden Fußballweltmeisterschaft besonders viele Bürger Sorgen um das "Ansehen Deutschlands in der Welt". Selbst Behörden, Polizei und viele Politiker würden Nazi-Aufmärsche während der WM am liebsten verbieten. Doch was ist, wenn dieses sportliche Großereignis vorbei ist? Seit Jahren behaupten diejenigen, die die politischen Entscheidungen treffen, dass es keinerlei rechtliche Handhabe gäbe, Nazi-Versammlungen zu unterbinden. Das Recht auf Versammlungsfreiheit und auf Propagandafreiheit gelte "leider" auch für Faschisten. Im Grundgesetz

der Bundesrepublik Deutschland steht allerdings immer noch etwas anderes. Nämlich, dass die 1945 von den Alliierten erlassenen Rechtsvorschriften zur Befreiung vom Nationalsozialismus immer noch gültig sind (Artikel 139 des Grundgesetzes). Danach ist die "Neubildung" von Naziorganisationen "sei es unter gleichem oder anderem Namen" verboten. Ebenso verboten ist jede Art der Propaganda, die dazu dient, "den Geist des Nationalsozialismus wieder zu beleben oder zu fördern". In Artikel 9 des Grundgesetzes steht außerdem, dass "Vereinigungen, deren Zwecke oder Tätigkeit sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, verboten sind". Doch selbst, wenn diese Grundgesetz-Artikel nicht ausreichen sollten: Warum ist keine Regierung und warum ist keine der staatstragenden Parteien bereit, eindeutige gesetzliche Grundlagen zu schaffen, um Nazipropaganda und Rassismus zu verbieten und faschistische Organisationen aufzulösen? Der eigentliche politische Skandal in diesem Lande ist, dass die politisch Verantwortlichen an einem Faschismusverbot und an einer wirksamen Unterbindung von Rassismus, von Nazi- und Kriegspropaganda offensichtlich gar nicht interessiert sind; dass Behörden, Polizei, Staatsanwälte und Gerichte Nazipropaganda dulden und mit juristischen Tricks rechtfertigen; dass regelmäßig Tausende von Polizisten dafür missbraucht werden, die Propagandaaktionen der Nazis vor den Protesten der Bevölkerung zu schützen und dass ihnen befohlen wird, den Faschisten die Straßen frei zu prügeln. Der eigentliche Skandal ist dieses Zusammenspiel zwischen Staatsorganen und Nazis. Geradezu entlarvend dafür ist der seit Jahren von den Staatsorganen betriebene Verfolgungseifer gegen AntifaschistInnen. Polizei und Justiz sehen nicht die Naziorganisationen und ihre menschenverachtende Propaganda als Gefahr an, sondern die AntifaschistInnen, die sich den Nazis in den Weg stellen. Aufrufe zur Zivilcourage und zu Protesten gegen Neonazis werden kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt. Wir bleiben dabei: Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda! Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass sich das braune Gift nicht weiter ausbreitet. Kein Fußbreit den Faschisten!“ (Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus)